Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 24. Freitag den 24. Januar 1851.

Telegraphische Korrespondenz
für politische Nachrichten, Fonds-Course und Produkte.

Paris, 20. Januar, Abends 8 Uhr. Der Präsident der Republik hat, nachdem er vergeblich Widerstand geleistet, die von den Ministern verlangte Demission angenommen. Die Bildung eines neuen Ministeriums aus Gegnern des Amendements St. Beuve ist bevorstehend; doch werden Fould und Drouyn de l'Huis wahrscheinlich in demselben verbleiben. — Das Gerücht, das von einem Ministerium Baroche-Faucher spricht, ist unbegründet.

In der gesetzgebenden Versammlung wurde die Debatte über das Schuldengesetz fortgeführt. — Ein Amendement Bac's, lautend: Schuldarrest sei für Deputirte unzulässig, wird mit 469 gegen 201 Stimmen verworfen. (S. das Ausführlichere unter Frankreich.)

Paris, 20. Januar, Nachmittags 5 Uhr. 3% 56, 90. 5% 94, 95.

Brüssel, 21. Januar. Wahrscheinlich wird das Ministerium bleiben, und nur der Kriegsminister wird austreten.

Brüssel, 21. Januar. (T. D. d. D. R.) Der Kriegsminister ist aus dem Ministerium getreten. Rogier hat das Portefeuille einstweilen übernommen. Sonst bleibt das Ministerium.

Deutz, 21. Januar. Der Berlin-Kölner Zug hat bei Güterslohe einen Unfall erlitten. Mehrere Personen sind umgekommen. Der Prinz Friedrich Wilhelm königliche Hoheit, der mit diesem Zuge reiste, ist unversehrt. (D. Ref.)

London, 20. Januar, Nachmittags 5 Uhr 30 Minuten. Consols 96⅜, ½.

Frankfurt a. M., 22. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nordbahn 36¼.

Hamburg, 22. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen 122 bis 123 Pfd. Königsberger 54 zu haben. Oel, loco pr. Mai 21⅜, pr. Herbst 21⅞ Kaffee, Kleinigkeiten 4½.

Stettin, 22. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen 33, p. Frühjahr 33½ bez., Br. Rüböl 10⅙, p. Frühjahr 10½ Br. Spiritus 23½, p. Frühjahr 22¼ bez.

London, 20. Januar, Nachmittags 5 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt stille, Preise nominell. Kaffee flau, Zucker fest, Baumwolle ruhig, Zink unverändert.

Amsterdam, 20. Januar, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Raps p. Frühjahr 58. Rüböl p. Frühjahr 33¾. Roggen geschäftslos.

Turin, 18. Januar. Die Kammer bewilligte gestern die Lesung des zur Aufhebung des St. Paulordens gestellten Antrages. Der Marineminister legt einen Gesetzentwurf über die Organisation des Marine-Offizierstandes der Kammer vor. In wohlunterrichteten Kreisen wird dem Erscheinen der französischen Inspektions-Flotille an der toskanischen Küste kein sonderliches Gewicht beigelegt.

Turin, 19. Januar. Die drei ersten Artikel des Gesetzes über Bisthümer zur todten Hand sind von der Deputirtenkammer votirt worden.

Athen, 13. Januar. Die Adresse der Deputirtenkammer beschränkt sich auf eine Loyalitäts-Aeußerung gegenüber dem wohlwollenden Tone der Thronrede. Des ermordeten Justizministers Familie erhält eine Staats-Pension.

Smyrna, 10. Januar. Die Repräsentanten der Insel Samos wollen den neuernannten Kaimakam Konemenos bis zur Behebung ihrer Beschwerden nicht anerkennen.

Uebersicht.

Breslau, 23. Januar. In der gestrigen Sitzung der ersten Kammer wurde das frühere gesammte Präsidium wieder gewählt, nämlich die Abgeordneten Rittberg (fast einstimmig), Jordan und Brüggemann. — Hierauf erlangte der gestern mitgetheilte Antrag in Bezug auf Schleswig-Holstein die nöthige Unterstützung und wurde an eine Kommission verwiesen.

Der Gesetz-Entwurf über die Verantwortlichkeit der Minister wird nächstens in der 2ten Kammer zur Berathung kommen.

General Radowitz ist am 20. in Berlin eingetroffen. Er soll eine politische Mission nach dem Süden erhalten.

Der Abschluß eines Steuervereins zwischen Preußen und Hannover soll nahe bevorstehen.

Der Sohn Sr. k. Hoheit des Prinzen von Preußen, Prinz Friedrich Wilhelm, ist auf seiner Rückreise nach Bonn einer großen Gefahr entgangen. Dem Berlin-Kölner Eisenbahnzuge, auf welchem derselbe fuhr, stieß nämlich bei Güterslohe ein Unfall zu, so daß mehrere Personen dabei das Leben verloren. Der Prinz so wie dessen Begleitung ist wohlbehalten.

Aus Koblenz melden dortige Blätter, daß der Befehl zur sofortigen vollständigen Demobilisirung der gesammten preußischen Armee ergangen sei; nur ein Korps von 30,000 Mann werde mobil bleiben und der deutschen Exekutiv-Gewalt zur Verfügung gestellt werden.

Bei den Ministerial-Konferenzen zu Dresden ist die Proposition gemacht worden: Oesterreich soll bei der Exekutiv-Gewalt und Preußen bei der Legislativen das Präsidium übernehmen. — Die zweite Kommission hat sich dafür erklärt: daß im Plenum gewisse Fragen durch Majoritäten entschieden werden sollen. Dieselbe Kommission hat auch bereits einige Gesetz-Entwürfe vorbereitet. — Man hegt in Dresden große Besorgnisse vor einer Katastrophe in Frankreich. Sollte eine solche eintreten, dann werden Oesterreich und Preußen die Exekutive allein provisorisch übernehmen.

Die deutsche Zollkonferenz in Wiesbaden schreitet vor.

Der baierische Premierminister soll nach seiner Ankunft in München geäußert haben: daß nunmehr die Autorität des Bundestages hergestellt sei, und daß nach vollständiger Gestaltung der deutschen Centralgewalt auch die einzelnen Landesverfassungen Verbesserungen erfahren würden.

Bereits 10,000 Oesterreicher sind im Lauenburgischen angelangt; am 21. sollte das Hauptquartier derselben nach Mölln verlegt werden. Dort wird sich das ganze österreichische Armeekorps sammeln, und nach erreichter Verständigung zwischen den Kommissaren nach Kiel vorrücken.

Am 21. hatte eine Deputation Schleswiger eine Audienz bei den Kommissaren in Hamburg.

Während das schleswig-holsteinsche Heer getreu den Verabredungen zwischen den Kommissaren und der Statthalterschaft nachkommt, nach den Kantonnements marschirt und bereits am 21. mit der Entlassung (zuerst der Schleswiger und dann der Fremden) begonnen hat, rücken die Dänen statt nördlich an einigen Punkten südlich und machen Miene Gottorf zu besetzen.

Die unruhigen Bewegungen im Immerthal in der Schweiz sind durch Regierungstruppen vollständig unterdrückt worden.

Zu Paris hat das gesammte Ministerium seine Entlassung eingereicht und der Präsident dieselbe angenommen. Welche Männer das neue Ministerium bilden werden, ist noch ungewiß.

Breslau, 23. Januar.

Außer dem Verleger, Drucker, Buchhändler und Kommissionär hat der Preßgesetzentwurf sich auch noch der Redakteure als einer Handhabe zur Beängstigung der Presse bedient. Nach der bisherigen Gesetzgebung konnte der Redakteur nur dann zur Verantwortung gezogen werden, wenn der Verfasser unbekannt, oder nicht zu erreichen war. Den Anforderungen der Strafrechtspflege war damit Genüge geschehen. Es konnte kein verbrecherisches Preßerzeugniß in die Oeffentlichkeit gelangen, für dessen Inhalt nicht eine verantwortliche Person zu erlangen gewesen wäre. Das Bedürfniß der Preßbedrückung geht aber weiter. Ihr genügt es nicht, daß jedes Preßverbrechen auch bestraft werden könne, sie will vor Allem die Veröffentlichung eines Preß-Erzeugnisses nach Möglichkeit erschweren. Dafür ist die absolute Verantwortlichkeit des Redakteurs ein ganz geeignetes Mittel.

So lange der Redakteur durch die Nennung des Verfassers vor Verfolgung sich schützen kann, steht die Beurtheilung des rechtlichen Charakters eines Aufsatzes lediglich bei dem Verfasser und keine Meinung kann von vorn herein unterdrückt werden, für welche Jemand mit seiner Person einzustehen den Muth hat. Das ist wahre Preßfreiheit, welche die Möglichkeit einer strengen Bestrafung jedes durch die Presse begangenen Unrechtes sichert und doch jede präventive Unterdrückung der Meinung ausschließt.

Die Einführung der absoluten Verantwortlichkeit der Redakteure kommt aber in ihrer wesentlichen Bedeutung der Censur gleich, nur daß das Censoramt aus den amtlichen Bureau's in die Redaktions-Lokale verlegt wird, nur daß die neuen Censoren für eine etwaige Unachtsamkeit nicht blos, wie früher die bestellten Censoren, einen Verweis, sondern eine ganz empfindliche, unter Umständen vernichtende Strafe zu erwarten haben. Die nothwendige Folge ist, daß die Censur von den Redakteuren im Interesse ihrer Selbsterhaltung mit vervielfachter Strenge geübt werden muß, daß man in Zukunft eine Meinung auch dann nicht wird veröffentlichen dürfen, wenn man von ihrer Richtigkeit und Gesetzmäßigkeit vollkommen überzeugt, und die Folgen der Veröffentlichung zu tragen bereit ist.

Die Redakteure werden und können sich nicht damit begnügen, nur gesetzwidrige Meinungsäußerungen zurückzuweisen. Sie sind nicht immer gelehrte Juristen und wenn sie es wären, würden sie bei der Vieldeutigkeit mancher Strafgesetze gegen die Presse doch nicht im Stande sein, die Ungefährlichkeit einer Meinungs-Aeußerung mit Sicherheit anzunehmen. Für sie ist schon die Verfolgung ein Uebel, welches durch die endliche Freisprechung nicht in seinem ganzen Umfange gut gemacht werden kann. Man darf ihnen auch nicht zumuthen, fremden Meinungen zu Liebe denselben Gefahren sich auszusetzen, denen der Autor für die eigene Meinung nicht ausweichen würde. Denn auch die Redaktion einer Zeitung ist ein Gewerbe, welches neben dem Dienste der Ideen, deren Verbreitung die Presse vermittelt, doch auch die Grundlage für die Existenz des Redakteurs bilden soll.

Die Praxis wird daher neben den in dem Preßgesetze vorgesehenen Preßvergehen noch eine ganz neue Kategorie von Vergehen allmälig schaffen, das Verbrechen „bedenklicher" Meinungsäußerungen. Das Gesetz freilich kann eine blos „bedenkliche" Meinungsäußerung nicht mit Strafe bedrohen, den Gegnern der Preßfreiheit muß aber daran gelegen sein, grade diese Art der Debatte unmöglich zu machen. Durch die Proklamation der unbedingten Verantwortlichkeit der Redakteure wird der Zweck erreicht. Die Aufnahme einer bedenklichen Aeußerung enthält für den Redakteur immer wenigstens die Möglichkeit einer Verfolgung. Dieser kann sich derselbe nicht aussetzen, denn bei der Unzahl von literarischen Produkten, welche er zu vertreten hat, würde schon die Häufung dieser Möglichkeiten seine Existenz zu einer wahrhaft angstvollen machen. Was bleibt ihm also übrig, als jeder „bedenklichen" Aeußerung und damit vielleicht gerade den berechtigtsten und energischsten Kundgebungen der Wahrheit die Spalten seines Blattes zu versagen?

Damit erreicht man annähernd das Ideal einer „zahmen" aber freilich auch lügenhaften und heuchlerischen Presse.

Die Furchtbarkeit dieser Art von Censur läßt sich nach der Größe der Gefahr ermessen, welche grade dem Redakteur im Falle eines Preßprozesses droht.

Zunächst trifft den Redakteur stets die volle Strafe des mittelst seines Blattes begangenen Verbrechens, ohne daß es eines Nachweises seiner Mitschuld bedarf. Sodann trifft ihn neben dieser ordentlichen Strafe noch jedesmal eine außerordentliche von 5 Thlr. bis 1000 Thlr., gleichfalls ohne jede Rücksicht auf die ihm zur Last fallende Verschuldung. Für diese Cumulation läßt sich ein anderes Motiv, als die Absicht der Abschreckung vor der Beschäftigung mit der Presse, nicht auffinden. Sollte die Strafe des § 45 von 5 bis 1000 Thlr. nur eine Strafe für die begangene Unachtsamkeit sein, so wird man es unerhört finden müssen, daß der Redakteur mit derselben auch dann belegt werden soll, wenn er zugleich die volle Strafe des begangenen Verbrechens erleidet, welche ihn ebenfalls, ohne Rücksicht auf seine Verschuldung trifft, also gleichfalls nur als eine Unachtsamkeitsstrafe angesehen werden kann.

Außerdem droht ihm noch bei jeder Verurtheilung Verbot des Blattes, d. h. Verlust seiner Stellung oder gar Verlust des Rechtes zur ferneren Redaktion, d. h. Verurtheilung zur Bettlerschaft.

Müssen so gestellte Redakteure nicht das freie Wort mehr fürchten als das Feuer?

Und doch begnügt sich der Entwurf nicht mit den Garantien des Schreckens. Er verlangt auch noch ganz besondere Bürgschaften in der Person des Redakteurs. Und welche weitgreifenden Bürgschaften!

Kein Beamter darf ohne die Genehmigung der vorgesetzten Behörde ein Blatt redigiren. Soweit hiervon nur die unmittelbaren, besoldeten Beamten getroffen werden, könnte man das Interesse des Dienstes als Motiv für diese Bestimmung anführen. Die Ausdehnung dieser Beschränkung auf die mittelbaren und sogar die unbesoldeten Beamten wirft aber diese Voraussetzung über den Haufen. In der That muß es unerhört erscheinen, daß Männer, welche ihre Kräfte unentgeltlich dem Gemeinwesen widmen, also zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes ein anderes Geschäft neben dem Staats- oder Kommunal-Amte nothwendig betreiben müssen, zum Danke für ihre Aufopferung in der Wahl ihres Lebensberufes beschränkt werden sollen.

Man deklamirt so gern gegen das literarische Bummlerthum. Heißt es aber nicht gradezu die Presse zum Handwerke herabwürdigen, wenn man fast allen Männern von Bildung, die durch eine ihren Kenntnissen angemessene Lebensstellung, also in der Regel durch ein Staats- oder Kommunal-Amt an das Interesse des Gemeinwesens gefesselt sind, von der Presse fern zu halten sucht?

Der Umfang dieser Beschränkung ist ganz übermäßig. Außer den eigentlichen Staatsbeamten sind alle Lehrer, Professoren, Rechtsanwälte und die Unzahl der bei der Kommunal-, Kreis- und Bezirks-Verwaltung betheiligten Personen von der Redaktion öffentlicher Blätter ausgeschlossen, wenn sie der Regierung nicht genehm sind.

Entweder also überantwortet man die Presse lediglich den Literaten vom Handwerk und löst sie ab von jeder unmittelbaren Beziehung zum Leben, oder man macht sie zu einem Monopole für die abhängigen Günstlinge der Regierung. Wenn man aber das Letztere wollen sollte, wozu dann noch die Lüge von der Preßfreiheit durch unsere Gesetzbücher schleppen?

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

Erste Kammer.

Elfte Sitzung vom 22. Januar.

Präsident: Graf v. Rittberg.

Tagesordnung: 1) Nochmalige Abstimmung über die Verbesserungs-Anträge der Abgeordneten, Graf v. d. Zech-Burkersroda, Degenkolb und v. Tepper, zu dem Berichte der Petitions-Kommission. 2) Wahl des Präsidenten und der beiden Vice-Präsidenten auf die Dauer der nächsten vier Wochen der Sitzungsperiode. 3) Bericht der Kommission für Rechtspflege, über den Gesetzentwurf, betreffend die Todeserklärung verschollener Seeleute. 4) Antrag des Abg. v. Arnim und Genossen, betreffend die schleswig-holsteinische Angelegenheit.

Die Sitzung wird um 10¼ Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank befinden sich Anfangs die Herren Simons und v. Westphalen.

Der Präsident theilt der Kammer den Tod der Abgeordneten Dr. Schmitthenner und v. Heyden (Stettin) mit einigen Worten des Bedauerns mit. — Der neueingetretene Abg. von Seydlitz wird vereidigt. — Der Präsident theilt ferner mit, daß die General-Budget-Kommission sich konstituirt und den Abg. v. Manteuffel zu ihrem Vorsitzenden erwählt hat. — Die Kammer geht nunmehr zur Tagesordnung über.

Ueber die in der vorigen Sitzung zu dem Berichte der Petitions-Kommission votirten Abänderungsvorschläge wird noch einmal abgestimmt und werden dieselben genehmigt.

Die Kammer schreitet danach zur Wahl des Präsidenten und der beiden Vice-Präsidenten für die nächsten 4 Wochen. Der Präsident ersucht den Vice-Präsidenten v. Jordan, seinen Platz einzunehmen.

Bei der Wahl des Präsidenten sind 121 Stimmzettel abgegeben; Stimmen erhielten: Graf Rittberg 119, Graf Itzenplitz 1, v. Witzleben 1.

Vicepräsident v. Jordan proklamirt demnach den Grafen Rittberg zum Präsidenten der Kammer für die nächsten vier Wochen.

Präsident Graf Rittberg spricht die Erwartung aus, daß ihm fortdauernd die Unterstützung der Versammlung werde zu Theil werden. Er werde nach wie vor sein Amt mit Unparteilichkeit, Gerechtigkeit und Besonnenheit verwalten.

Bei der darauf folgenden Wahl des ersten Vicepräsidenten werden 126 Stimmzettel abgegeben, worunter 1 unbeschriebener; absolute Majorität 63. Stimmen erhielten: v. Jordan 70, Baumstark 48, v. Gerlach 2, Brüggemann 3, Carl 1, Camphausen 1.

Vicepräsident v. Jordan spricht der Kammer seinen Dank aus.

Bei der Wahl des zweiten Vicepräsidenten sind 124 Stimmzettel abgegeben; absolute Majorität 63. Stimmen erhielten: Brüggemann 72, Baumstark 39, Carl 10.

Demnach proklamirt der Präsident den Abg. Brüggemann zum zweiten Vicepräsidenten.

Auf der Tagesordnung folgt jetzt der Bericht über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Todeserklärung verschollener Seefahrer.

Abg. Goltdammer als Berichterstatter erläutert den Bericht mit einigen Bemerkungen.

Justiz-Minister Simons erklärt sich Namens der Regierung mit den von der Commission vorgeschlagenen Aenderungen einverstanden. Redner haben sich weiter nicht gemeldet, es wird demnach zur Diskussion und Abstimmung über die einzelnen Artikel geschritten und der Gesetzentwurf nach den Vorschlägen der Commission einstimmig angenommen. Die wesentlichen Bestimmungen sind folgende:

§ 1. Der Tod eines Menschen wird als erwiesen angenommen, wenn das Fahrzeug, auf welchem derselbe sich befand, untergegangen und ein Jahr nachher verflossen ist, ohne daß von seinem Leben und Aufenthalt Nachrichten eingegangen sind. § 2. Der Untergang eines Fahrzeuges wird als erwiesen angenommen, wenn dasselbe am Orte seiner Bestimmung nicht eingetroffen oder nicht zurückgekehrt ist, und seit dem Zeitpunkt, an welchem dasselbe zuletzt in See gegangen, oder in der See gesehen worden, bei Fahrten in der Ostsee ein Jahr, bei Fahrten auf anderen europäischen Meeren zwei Jahre und bei Fahrten auf außereuropäischen Meeren drei Jahre verflossen sind, ohne daß von demselben weitere Nachricht eingegangen ist. § 3. Der Nachweis darüber, daß eine in See gegangene Person sich auf einem bestimmten Fahrzeuge befunden hat, oder das Fahrzeug an seinem Bestimmungsorte nicht eingetroffen, oder nicht zurückgekehrt ist; daß von demselben innerhalb der im § 2 bestimmten Fristen keine Nachricht eingegangen ist, kann auf jede gesetzlich zulässige Art geführt werden, namentlich aber durch ein Attest der Schifffahrts-Behörden oder preußischen Consulate, so wie durch das Zeugniß des Rheders und der bei der Befrachtung des Schiffes betheiligten Kaufleute. § 5. Auf Grund der gelieferten Beweise spricht das Gericht die Todeserklärung des Verschollenen durch ein Erkenntniß aus, ohne daß es einer öffentlichen Vorladung desselben und sonstiger Förmlichkeit des Verfahrens gegen Verschollene bedarf. § 6. Der Tag der Rechtskraft des Erkenntnisses wird als der Todestag des Verschollenen angesehen.

Es folgt nunmehr der letzte Gegenstand der Tagesordnung, nämlich der Antrag des Abg. v. Arnim. (Wir haben denselben in der gestrigen Zeitung bereits mitgetheilt.) Der Antrag wird ohne die Motive verlesen und ausreichend unterstützt. (Die ganze rechte Seite bleibt sitzen.) Derselbe geht demnach an eine Commission. Die Tagesordnung ist hiernach erschöpft. Die nächste Sitzung wird noch näher bestimmt werden.

(Schluß der Sitzung 12¾ Uhr.)

[Aus der Rede des Herrn Freih. v. Vincke (Olbendorf) in der ersten Kammer, am 15. Januar 1851.] Wenn man zur Ausführung eines Gesetzes Personen nimmt, die als entschiedene Gegner desselben bekannt sind, theils durch ihre früheren Abstimmungen in der Kammer, theils durch offene Aeußerungeu gegen dasselbe, so kann kein Gesetz kräftig zur Ausführung kommen. Wenn man diejenigen, die am entschiedensten dagegen sind, zu den höchsten Verwaltungsstellen befördert und zu den Bezirksräthen und Ausführungskommissarien ernennt, so macht man das Gesetz unmöglich ...... Niemand der die Verhältnisse in den östlichen Provinzen kennt, wird bestreiten, daß das Vertrauen und die Autorität in den Dorfgemeinden seit dem Jahre 1848 bedeutend erschüttert worden ist. Das wird von Tage zu Tage schlimmer, jene Krankheit des Jahres 1848 war eine akute, nach welcher Erschlaffung eintritt und Besinnung zurückkehrt; jetzt ist es ein schleichendes Gift, das um so mehr zerstört, je längere Zeit es im Körper dauert. Die alten Ortsgerichte wünschen ihr Amt niederzulegen, weil sie keine Autorität mehr haben. Neue zu ernennen, ist sehr schwierig; Niemand will ein so lästiges Amt übernehmen, weil der Gehorsam der Gemeinde fehlt, und die Gemeinde sagt: du kannst nicht einen Schulzen ernennen, wir haben eine neue Gemeindeordnung, wir wollen warten, bis sie kommt. ..... Wenn durch das Streben der Reaktion die Furcht erregt wird, daß selbst Verheißungen, welche durch Gesetze gegeben sind, nicht zur Ausführung kommen, so ist eine solche Furcht sehr begründet; denn wir haben aus der Erfahrung Thatsachen vor uns, welche beweisen, daß es in ähnlichen Fällen so gegangen ist. Im Jahre 1810 wurde ein Gesetz gegeben über Steuerausgleichung, im Jahre 1811 ein liberales Agrargesetz, im Jahre 1812 ein Gendarmerie-Edikt, durch welches eine neue Kreisordnung eingeführt und eine Gemeindeordnung in Aussicht gestellt wurde. Alle diese drei Gesetze sind noch heute in der Gesetzsammlung enthalten, und jene Gesetze waren damals nicht durch eine stürmische Bewegung abgedrungen, sondern entstanden durch den klaren Blick und die richtige Erkenntniß der Männer, die an der Spitze standen und den Staat leiteten, sind also als ein von der königlichen Macht selbst gefühltes Bedürfniß anzusehen. Was ist daraus geworden? Nach dem Frieden von 1815, als die Reaktion nach einer andern Richtung steuerte (ungefähr wie jetzt wieder), ist jenes Gesetz über die Steuer-Ausgleichung nicht zur Ausführung gekommen, ungeachtet diese Ausgleichung damals viel leichter auszuführen gewesen wäre, als jetzt, 35 Jahre später. Die Agrargesetzgebung ist durch eine Menge von Deklarationen verkümmert worden, namentlich auch deren Ausführung so verzögert, daß sie im Jahre 1848 zu unserem größten Unglück noch nicht vollendet war. Endlich das Gendarmerie-Edikt hat man nie versucht auszuführen. Meine Herren! Wenn solche Beispiele vorhanden sind, dann ist das Mißtrauen, was sich an andere ähnliche Verspätungen knüpft, wohl sehr begründet. Ich sehe ein großes Unglück darin, daß ein so dringliches Gesetz, wie die Gemeinde-Ordnung, so langsam ausgeführt wird, ein noch viel größeres würde ich darin sehen, wenn es gar nicht zur Ausführung käme. Meine Herren! Ich bin selbst Gutsbesitzer und habe es mit drei Gemeinden zu thun, mit welchen ich seit einer Reihe von Jahren lebe; ich bin nicht so thöricht, mein eigenes Interesse einer Chimäre wegen gänzlich zu opfern. Aber gerade deshalb werde ich mich nie von der Gemeinde trennen; das Privatinteresse und das Staatsinteresse fallen hier zusammen. Ich halte das Staatswohl darauf begründet, daß ein solches Gesetz energisch durchgeführt werde. (Bravo links.) Aus diesen Gründen, meine Herren, bin ich mit dem festen Vorsatz hierher gekommen, die Sache bald zur Sprache zu bringen. Ich bin noch mehr dazu gedrängt worden durch die Aeußerung des Herrn Minister-Präsidenten: daß ein Wendepunkt eingetreten sei, daß mit der Revolution gebrochen werden solle. Ein Wendepunkt ist, wie ich gezeigt habe, für dieses Gesetz schon eingetreten. Ich möchte aber bestimmter wissen, was der Herr Minister-Präsident unter jenem Ausdruck versteht. Versteht er darunter den Bruch mit gewaltsamen Umwälzungen, so befinde ich mich mit meinen Freunden in der glücklichen Lage, eine solche Erklärung nicht abgeben zu dürfen, denn wir sind nie mit der Revolution alliirt gewesen, sondern nur Freunde durchgreifender, zeitgemäßer Reformen, um dadurch Revolutionen vorzubeugen. Soll er aber bedeuten: den Bruch mit tiefeingreifenden, zeitgemäßen Reformen, wie sie in jedem Staate nöthig werden, wie sie der große Kurfürst, selbst Friedrich

Wilhelm I., welcher die preußische Finanz-Ordnung schuf, wie sie Friedrich der Große, wie sie unser hochseliger König unter Stein und in den ersten Jahren Hardenbergs glorreich durchführte, wie sie das Land auch jetzt bedarf und wie sie angefangen sind, aber noch der Vollendung harren; soll es heißen: mit solchen brechen? Dann, meine Herren, habe ich es sehr zu beklagen, dann hat der Herr Minister mit Preußens Vergangenheit, mit Preußens Beruf, mit Preußens Zukunft gebrochen. (Bravo zur Linken.) Soll es aber heißen, brechen mit den Konzessionen an die Revolution, ein Ausdruck, der auf jener Seite des Hauses (zur Rechten) sehr beliebt ist, und welcher nichts Anderes bedeutet, als die Verheißungen, welche in Zeiten der Noth, in Zeiten, wo die Krebsschäden der Gesellschaft recht grell hervortraten, gemacht worden sind, damals mit voller Ueberzeugung und redlichem Willen gemacht sind, die aber zurückgedrängt werden durch eine aus der Geschichte schwer aufzuklärende Partei, sobald der Augenblick der Noth vorüber ist? Soll es heißen, daß die mündlich und schriftlich gegebenen, die in Verordnungen oder Gesetzen niedergelegten Verheißungen nicht gehalten werden sollen? Dann, dann ist es die höchste Zeit, dies vor dem Lande zu konstatiren, damit das Land wisse, woran es sei. (Bravo zur Linken.) Ich bitte deshalb das Ministerium, daß es das Land in dieser Beziehung beruhige. Ich kann aber versichern, daß Worte nicht helfen, sondern Thaten. (Bravo zur Linken.) Ich erlaube mir noch aufmerksam zu machen auf den Staat, dem wir uns jetzt in die Arme geworfen haben; eine Vereinigung, die ich im Allgemeinen wünsche und stets gewünscht habe, wenn alle übrigen Umstände danach sind; ich meine Oesterreich. Dort ist die Verfassung noch nicht ausgeführt. Sie steht auf dem Papier, aber die Gesetze, die sie begründen sollen, namentlich die Gemeindeordnung, ist mit Konsequenz ausgeführt, und keiner kann behaupten, daß es nicht zuletzt auch die Verfassung ausführt. Oesterreich hat uns schon überflügelt, und fährt es so fort, so können wir nicht wissen, wie es uns noch überflügeln wird. Es wird die Sympathien Deutschlands, die wir besessen, sich zuziehen. Zum Schlusse erlauben Sie mir noch eine Stelle anzuführen aus den Werken eines Mannes, dessen Autorität Sie gewiß Alle anerkennen werden, und die auch wir vollkommen anerkennen, obgleich uns oft von jener Seite (zur Rechten) der Vorwurf gemacht ist, daß wir keine Autorität anerkennen wollten. Diese Stelle ist von Friedrich dem Großen und ich glaube, eine preußische Kammer wird gewiß die Worte des Begründers der Größe unserer Monarchie gern hören. Sie ist aus einer kleinen Schrift entnommen: „Versuch über Regierungsformen und Regentenpflichten," welche Sie in der von Sr. Majestät bewirkten Originalausgabe im neunten Bande Seite 195 finden. Ich habe die Uebersetzung genau verglichen und sie ganz richtig gefunden. Indem der große König über die Entstehung der Staaten spricht, sagt er: „So entstanden jene Gesetze, welche den menschlichen Gesellschaften die Lehre geben, Privatvortheile dem allgemeinen Wohl unterzuordnen," und weiter: „Jene große Wahrheit, daß wir gegen andere so handeln sollen, wie wir wünschen, daß sie sich gegen uns betragen, wird das Fundamental-Prinzip der Gesetze und des Staatsverbandes, und es entspringt daraus die Liebe zum Vaterlande, als der Freistätte unseres Glücks. Da aber die Gesetze ohne einen ununterbrochen ihrer Anwendung und Vollziehung sich widmenden Auffseher nicht in Kraft und Ansehen erhalten werden konnten, so wurde dies der Ursprung der Obrigkeit, die das Volk erwählte und welcher es sich unterwarf. **Man präge es sich fest ein, daß die Aufrechthaltung der Gesetze der einzige Bestimmungsgrund war, welcher die Menschen vermögen konnte, sich Oberherren zu geben; denn dies ist der einzige und wahre Ursprung der Souveränetät. Diese Oberherren waren die ersten Diener des Staats."** (Bravo links.) Das schrieb Friedrich der Große nicht als junger schwärmerischer Mensch, sondern im 40sten Jahre einer Regierung, einer Regierung, wie sie ihres gleichen nicht in der Geschichte hat. Wenn er mit solchen Grundsätzen so regieren konnte, so sind sie gewiß nicht destruktiv, sondern konservativ. Darum, meine Herren, bei den Manen dieses großen Mannes beschwöre ich Sie, bewahren Sie uns vor neuen Wirren und Erschütterungen. Erhalten Sie Preußens Ruhm. **Brechen Sie mit der Revolution, indem Sie die Gesetze aufrecht erhalten.** (Bravo von der Linken.) Denn wahrlich! der unsterbliche Geist des großen Königs, wenn er auch augenblicklich von der Regierung gewichen, er herrscht im ganzen preußischen Volke, und wenn zu den vielen äußeren Demüthigungen noch die Schmach kommen sollte, daß Gesetze, die von der Kammer berathen und von Sr. Majestät sanktionirt sind, nicht zur Ausführung kommen, dann wird der Tag nicht fern sein, wo der Geist Friedrichs des Großen Sühne fordern wird für den erlittenen Hohn. (Links: Bravo! Rechts: Zischen!)

Berlin, 22. Jan. [Tagesbericht.] Die heutige Sitzung der ersten Kammer wurde mit der ergreifenden Nachricht eröffnet, daß dieselbe seit gestern zwei ihrer thätigen und hochgeachteten Mitglieder, die Herren Dr. Schmitthenner und v. Heyden, durch den Tod verloren habe. Die Kammer wird in corpore an dem Begräbniß Beider Theil nehmen. — Die Wahlen für das Präsidium fielen auf die bisher mit demselben betrauten Abgeordneten Graf Rittberg (Präsident), v. Jordan und Brüggemann (Vize-Präsidenten). Graf Rittberg wurde fast einstimmig gewählt, von 121 Stimmen erhielt derselbe 119. — Der Antrag des Abg. v. Arnim ist einer Kommission überwiesen.

Der Abgeordnete und Vize-Präsident der zweiten Kammer, Kanonikus Lensing ist erheblich erkrankt.

Die zweite Kammer hält morgen eine Sitzung, sie wird sich mit der Prüfung einiger Neuwahlen beschäftigen, auch werden einige neu eingetretene Mitglieder vereidigt werden.

Das Mitglied der zweiten Kammer, Herr Peschke, (Linke) wird sein Mandat niederlegen.

Der Geburtstag Friedrichs des Großen (24. d. M.) wird in Kammer- wie in andern Kreisen festlich begangen werden.

Die gestrige Soiree bei dem Herrn Ministerpräsidenten war eine überaus glänzende, 4—500 Personen waren anwesend. Die Minister, mehrere Generale, unter ihnen Herr v. Wrangel, das diplomatische Korps sehr vollzählig, waren anwesend. Die Abgeordneten beider Kammern hatten sich ziemlich zahlreich eingefunden, der Präsident der 1. Kammer, Graf Rittberg, fehlte nicht. Die Universität war durch mehrere Professoren, unter ihnen Herr Twesten, derzeitiger Rektor, repräsentirt. Die städtischen Behörden waren ebenfalls nicht ohne Vertretung, einige hervorragende Schriftsteller und Künstler waren eingeladen und erschienen. Unter den anwesenden Damen sind die Frau Herzogin von Sagan, Frau Gräfin Arnim-Boitzenburg und Frau v. Arnim zu nennen. Die Unterhaltung war eine sehr lebhafte. Die liebenswürdige Ungezwungenheit des Wirths und der Wirthin machte auf alle Anwesende einen sehr angenehmen Eindruck. — Aus Potsdam waren zu der Soiree 22 Offiziere des 1. Garde-Regiments herübergekommen, in der ausgesprochenen Absicht, Herrn v. Manteuffel ihre Huldigungen darzubringen.

Kurz vor Beendigung des Festes empfing der Herr Minister-Präsident eine telegraphische Depesche, nach welcher auf der Köln-Mindener Eisenbahn bei Gütersloh sich ein Unfall ereignet hatte. Se. königl. Hoheit der Prinz Friedrich Wilhelm, Sohn des Prinzen von Preußen, befand sich auf der Fahrt, die durch den in Rede stehenden Unfall unterbrochen wurde. Dem Prinzen ist Nichts zugestoßen, die Versicherung hiervon erfreute die durch die Nachricht selbst beunruhigten Gäste.

Gestern Abend ist Se. Excellenz der Herr General-Lieutenant v. Radowitz von London hier eingetroffen. Herr v. Radowitz wird längere Zeit hier verweilen.

Wie wir aus authentischer Quelle vernehmen, ist von Bernburg aus der preuß. Regierungsrath Herr v. Schätzel zur Uebernahme des dortigen Ministeriums aufgefordert worden. Hr. v. Schätzel hat sich bis jetzt noch nicht entschieden, er ist nach Bernburg gereist, um sich an Ort und Stelle von den Verhältnissen eine Anschauung zu erwerben, ehe er sich wegen Uebernahme des ihm angebotenen Postens erklärt. (C. B.)

Wir vernehmen aus guter Quelle, daß die Verhandlungen, wegen Abschlusses eines Steuervereins zwischen Preußen und Hannover einem alsbaldigen definitiven Resultat entgegenschreiten. Wir können nur unsre lebhafte Genugthuung darüber aussprechen, daß die handelspolitischen Bestrebungen unsrer Regierung — unbeirrt durch fremde Projekte — sich dem natürlichen Boden des preußischen Verkehrs zuwenden.

Bei den Dresdener Konferenzen ist in Bezug auf die künftige Leitung der allgemeinen Bundes-Angelegenheiten neuerdings mehrseitig die Proposition gestellt worden, daß Oesterreich in dem exekutiven und Preußen in dem legislativen Organ der Centralbundesgewalt den Vorsitz zu führen habe.

Dem Vernehmen nach war die gestrige Sitzung des Ministerraths der Erledigung der laufenden Geschäfte gewidmet.

Man hört von anderer Seite — ohne daß wir es verbürgen könnten — daß Herr v. Radowitz mit Nächstem eine politische Mission nach dem europäischen Süden erhalten werde.

Der Minister des Innern hat unterm 28. v. M. bestimmt, daß, so lange die, nach § 60 der Gemeinde-Ordnung erforderlichen allgemeinen Bestimmungen über die Besoldungen der Bürgermeister und der übrigen Gemeindebeamten noch nicht von der Provinzialvertretung erlassen sind, die Regierungen vor Ertheilung der Bestätigung über die Angemessenheit der ausgeworfenen Besoldungen sich gutachtlich zu äußern haben. Etwaige Bedenken sind vor Ertheilung der Bestätigung zu beseitigen. — Vorläufig bilden nach Einführung der Gemeindeordnung in Kommunalangelegenheiten a) in den Gemeinden unter 10,000 Einwohnern der Landrath die erste, und die Regierung die zweite Instanz; b) in den Gemeinden über 10,000 Einwohnern dagegen bildet die Regierung die erste und das Ministerium des Innern die zweite Instanz. Betreffs der Sachen, welche nicht zu den Kommunal-Angelegenheiten gehören, behält es bei den bisherigen Bestimmungen sein Bewenden. (N. P. Z.)

In dem vorgestern um 2 Uhr abgehaltenen Ministerialrathe kam es unter andern Gegenständen auch zu Erörterungen über über die deutsche Handelspolitik. Zugleich wurden Instruktionen für den preußischen Bevollmächtigten in Dresden, Herrn v. Alvensleben, zu den in Dresden in kurzer Zeit bevorstehenden österreichischen Zolleinigungsverhandlungen abgefaßt. Die Instruktionen sollen ganz im Geiste des altpreußischen Handelssystems ertheilt sein. (V. Z.)

Die Nachricht, daß man von hieraus beabsichtige, durch weitere Konzessionen zur Erleichterung der Konsumtions- und der respektiven Schutzzölle eine engere handelspolitische Verbindung mit dem nordwestlichen Deutschland, und besonders dessen Hafenstädten zu gewinnen, wird, wie man uns berichtet, in Hannover und Hamburg noch als eine nur vorläufige betrachtet. Man wartet dort zunächst darauf, daß die handelspolitische Konferenz in Wiesbaden wirklich tage und bestimmte Vorschläge mache, um zu übersehen, an welche thatsächlichen Erklärungen und Verhältnisse man sich werde anlehnen können. (Sp. Z.)

Der Gesetzentwurf über die Verantwortlichkeit der Minister ist in der Kommission der zweiten Kammer bereits so weit berathen, daß der Bericht schon in den nächsten Tagen erstattet werden wird. Der Herr Justizminister ließ sich in den Sitzungen der Kommission durch den geh. Justizrath Grimm vertreten.

Die von gewisser Seite her, wie es scheint, geflissentlich gegebene Mittheilung von einem Rücktritt des bekanntlich im Ackerbauministerium angestellten geh. Rath Schellwitz entbehrt allen Grundes.

Wir haben bereits mitgetheilt, daß der Oberbürgermeister Hr. Grabow in Prenzlau zum Bürgermeister in Magdeburg gewählt worden ist. Wie der M. C. berichtet, geschah dies mit allen gegen eine Stimme.

Bei der Ordensverleihung sind besonders die Aerzte gering bedacht worden; nur je einer erhielt die Dekoration der dritten und vierten Klasse des rothen Adlers. (C. Z.)

In mehreren patriotischen Kreisen werden bereits mannigfache Anstalten getroffen, um den diesjährigen Gebutstag Friedrich des Großen, den 24. d. M. festlich zu begehen. So weit es bis jetzt bestimmt ist, wird den 31. Mai d. J., an welchem Tage 1740 dieser glorreiche Regent Preußens den Thron bestieg, das von Rauchs Meisterhand modellirte, und unter dessen Leitung in Erz ausgeführte Monument Friedrich des Einzigen feierlich enthüllt werden.

Wie wir vernehmen, wird ein Exemplar von der Prachtausgabe Friedrich des Großen Werke, welche bekanntlich unter Aufsicht der hiesigen Akademie der Wissenschaften erscheinen und in der Deckerschen geheimen Ober-Hofbuchdruckerei gedruckt werden, in einem Pracht-Einbande die londoner Industrie-Ausstellung schmücken. (Ref.)

Nach Art. 85 der Verfassungs-Urkunde soll die Bestimmung über die den Mitgliedern der zweiten Kammer aus der Staats-Kasse zu gewährenden Reisekosten und Diäten durch ein Gesetz erfolgen. Ein hierauf bezüglicher Gesetzentwurf ist bereits vom Staatsministerium angenommen und dürfte demnächst den Kammern vorgelegt werden. Im Allgemeinen soll es nach demselben bei der jetzigen Praxis verbleiben. In Betreff der zu Abgeordneten gewählten Beamten ist der schon bei Gelegenheit des Erfurter Parlaments adoptirte Grundsatz beibehalten, daß solche Beamte nach Ablauf der ersten vier Wochen vom Tage des Diätengenusses an die Kosten ihrer Stellvertretung zu tragen haben und sich demnach die Einbehaltung ihres halben Gehalts gefallen lassen müssen, doch mit der Maßgabe, daß die Abzüge vom Gehalt den Betrag der Kammer-Diäten niemals übersteigen dürfen.

Der Abgeordnete zur zweiten Kammer für den siebenten Frankfurter Wahlbezirk (Sorau-Guben), Bürgermeister Ahlemann zu Guben, hat sein Mandat niedergelegt.

Der frühere Minister der geistlichen Angelegenheiten, Herr v. Ladenberg, hat, nach Ablauf des ihm bewilligten Urlaubs am 20. d. M. sein neues Amt als Chef-Präsident der Ober-Rechnungs-Kammer angetreten.

Da in Folge der angeordneten Truppen-Reduktion, bei jedem Armee-Corps der Stab und die Administration von zwei Infanterie-Divisionen aufgelöst werden soll, so werden auch bei jedem Armee-Corps die dieser Division zugewiesenen Auditeure und Feldprediger zur Entlassung kommen. Dabei ist indeß dafür gesorgt, daß bei den mobilen Truppen die nöthige Anzahl von Militär-Justiz-Beamten, wie evangelischer und katholischer Geistlichen verbleibt.

In der ersten Kammer hat die Kommission zur Berathung der „Verordnung über den Belagerungszustand" ihre Arbeiten vollendet, so daß in den ersten Tagen der nächsten Woche der Beginn der Berathungen im Plenum zu erwarten sein dürfte. Auch die Kommission zur Berathung des Preßgesetzes wird in den nächsten Tagen ihren Bericht erstatten können, da, wie wir hören, diese vollständig beendet ist, eben so gehen die Arbeiten der Kommission über die Gerichtsorganisation ihrer Beendigung rasch entgegen.

In der zweiten Kammer sind die Berathungen der Kommission zur Prüfung des Strafgesetzbuch-Entwurfs bis zu den, von den polit. Verbrechen handelnden Abschnitten gediehen.

Am 20. d. M. kamen hier 276 Personen an und reisten 302 ab. Angekommen: Se. Durchlaucht Prinz Friedrich zu Schleswig-Holstein-Nör, von Schleswig. (C. C.)

Posen, 21. Januar. [Militärisches.] Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß unsere hiesige Artillerie-Ersatz-Abtheilung vom General-Kommando Befehl erhalten hat, in diesen Tagen nach Glogau zu marschiren. — Ungeachtet der königl. Demobilisirungs-Ordre wird doch an unsern Festungswerken fast noch rüstiger fortgearbeitet, als in früheren Jahren. Die milde Witterung begünstigt dies Unternehmen bei der vorgerückten Jahreszeit. Es werden Blockhäuser und Pallisaden errichtet, und besonders fleißig an der Seite nach dem Dorfe Jerzyce zu gearbeitet, wo unsere Stadt mit einem neuen Thor bereichert werden soll. (Pos. Z.)

Erfurt, 19. Januar. [Beerdigung.] Heute Morgen wurde die Leiche des General-Feldmarschall v. Müffling feierlichst bestattet. Den Trauerzug eröffnete eine Eskadron der hier stehenden Landwehr-Ulanen. Ihnen folgte das Musikchor des 26. Infanterie-Regiments, das 1. und 2. Bataillon desselben Regiments, das Ersatzbataillon des 31. Infanterie-Regiments, eine Fuß-Batterie von 8 Geschützen und eine halbe reitende von 4 Geschützen. Dem Sarge voran ging Herr Platzmajor v. Block, der die sämmtlichen Orden des Verstorbenen auf einen Kissen trug. Dem von Artillerie- und Pionnier-Unteroffizieren getragenen Sarge folgten der Sohn und die Enkel des Verstorbenen, die Herren Generale v. Hirschfeld, v. Beyer, viele Stabsoffiziere, zwei Kammerherren, viele Offiziere aus Weimar, Gotha und Braunschweig. Der Zug bewegte sich unter großer Theilnahme des Publikums nach dem Brühler Friedhofe. Dort hielt Herr Diakonus Adam die Leichenrede, in der er die militärischen Verdienste des hohen Verstorbenen ums Vaterland hervorhob. Nach dem Segen gaben die drei Bataillone, so wie die Geschütze, die sich am Aufgange zum Petersberge aufgestellt hatten, die üblichen militärischen Ehren-Salven. Der General-Feldmarschall ist an einem Lungenleiden, nicht, wie es hieß, an einem Magenübel, gestorben. (St.-Anz.)

Koblenz, 19. Jan. [Militärisches.] Gestern ist hier der Befehl zur vollständigen Demobilmachung der Armee, mit Ausschluß eines Corps von 30,000 Mann, eingetroffen; letzteres Corps wird als das von Preußen der Exekutivgewalt des Bundes zur Disposition zu stellende Kontingent fortwährend mobil bleiben. (D.-P.-A.-Z.)

Deutschland.

Die Konferenzen zu Dresden.

„Die Erwartungen von dem Resultate der Dresdener Konferenzen werden selbst in konservativen Kreisen herabgestimmt, man beginnt zu zweifeln, daß in den wichtigsten Fragen etwas Definitives zu Stande kommen werde." Diese Klage kommt nicht unerwartet, es war von Anfang an nur von Versuchen die Rede, als deren Endziel der Bundestag in seiner ursprünglichen Gestalt, vorauszusetzen war. Die „freien Conferenzen" waren die einzige Errungenschaft der Olmützer Uebereinkunft, und wie man am 6. November die Mobilisirung der Armee anordnete, um einen Weg in dem bereits geschlossenen Frieden zu finden, so verhandelt man jetzt in Dresden nur, um nicht geraden Weges und vollständig in den Bundestag zurückzukehren.

Es heißt, Hr. v. Manteuffel werde in den nächsten Tagen wieder mit dem Fürsten Schwarzenberg in Dresden zusammentreffen. Fast scheint es, als wäre eine Verständigung unter den Bevollmächtigten gar nicht möglich, und als läge es den beiden Ministerpräsidenten ob, die nöthige Einigung herbeizuführen. Herr v. Manteuffel kehrt von seinen Reisen angeblich „befriedigt" zurück, und schon nach wenigen Tagen taucht die mühsam unterdrückte Nachricht von fortbestehenden Differenzen wieder auf. Die V. Z. giebt als Grund der demnächst bevorstehenden Uebereinkunft der beiden Minister-Präsidenten an, daß trotz der Einigung der beiden Großmächte in Betreff der Einsetzung einer Bundesgewalt für ganz Deutschland, die Differenzen zwischen Oesterreich und Preußen noch durchaus nicht ausgeglichen sind, im Gegentheile gerade in Bezug auf einige Hauptpunkte immer größer zu werden anfangen.

Die Einigkeit unter den beiden Großmächten würde aber noch keinesweges voraussetzen, daß dasjenige, was sie wollen, auch zu Stande kommen werde. So scheint noch nicht festzustehen, in welcher Weise die drei Stimmen zu vertheilen sind, welche für die kleinen Staaten übrig geblieben sind.

Die kleinen Staaten sind keineswegs geneigt, eine ihnen oktroyirte Verkürzung ihrer in der Bundesakte garantirten Rechte ruhig hinzunehmen. (S. die folgende Correspondenz). Bis jetzt war nur von einem ihrerseits erhobenen Widerspruch die Rede, jetzt wird dieser schon mehr präcisirt, man spricht bereits von einem „Protest", den (wie man der K. Z. schreibt), Luxemburg und Holstein, d. h. die Niederlande und Dänemark, eingereicht haben sollen. Von Baden und den Hansestädten steht ein solcher in naher Aussicht, und sicherlich werden die übrigen Staaten folgen. Möglich, daß man den Widerspruch der ganz deutschen Länder unbeachtet läßt, obwohl man sich damit (nachdem man die Competenz des National-Parlaments hat fallen lassen) den Boden der Verträge von 1815 nimmt. Der Correspondent fragt, mit welchem Rechte man von Dänemark noch die Anerkennung des Bundesbeschlusses vom 12. September 1846 verlangen, mit welchem Rechte man Holland die Inkorporation von Limburg verbieten könne, wenn Preußen und Oesterreich dasselbe Bundesrecht verletzen, auf das sie den Niederlanden und Dänemark gegenüber sich berufen?

Oesterreich scheint sehr gut zu wissen, daß die Verhandlungen in den rein politischen Fragen umsonst sind. Es schiebt seine Zolleinigungspläne immer mehr in den Vordergrund und die Vermuthung, daß die Dresdener Conferenzen nur ein Mittel zu diesem Zwecke waren, liegt sehr nahe. Während es 33 Jahre lang versäumte (schreibt die V. Z.), seinerseits irgend etwas für die in der Bundesakte verheißene Regelung der gemeinsamen materiellen Interessen des deutschen Vaterlandes zu thun, beruft es sich jetzt auf Art. 19 der Bundesakte und Art. 64 der Schlußakte, um den übrigen Bundesgliedern es gleichsam als eine Zwangspflicht aufzulegen, die von ihm gehegten, seinen Interessen entsprechenden Projekte ins Leben zu führen. Beide Artikel lauten: Die Bundesglieder behalten sich vor, bei der ersten Zusammenkunft der Bundes-Versammlung in Frankfurt, sowie wegen des Handels und Verkehrs zwischen den verschiedenen Bundesstaaten, so wie wegen der Schifffahrt nach Anleitung der auf dem Kongreß zu Wien angenommenen Grundsätze in Berathung zu treten. Art. 64. Wenn Vorschläge zu gemeinnützigen Anordnungen, deren Zweck nur durch die zusammenwirkende Theilnahme aller Bundesstaaten vollständig erreicht werden kann, von einzelnen Bundesgliedern an die Bundesversammlung gebracht werden, und diese sich von der Zweckmäßigkeit und Ausführbarkeit solcher Vorschläge im Allgemeinen überzeugt, so liegt ihr ob, die Mittel zur Vollführung derselben in sorgfältige Erwägung zu ziehen und ihr anhaltendes Bestreben dahin zu richten, die zu dem Ende erforderliche freiwillige Vereinbarung unter den sämmtlichen Bundesgliedern zu bewirken.

Der Zollvereins-Kongreß in Wiesbaden tritt inzwischen bestimmt zusammen, und wir haben die Wiederholung eines alten Schauspiels: ehemals Frankfurt (Bundestag) und Berlin (Fürsten-Kollegium), jetzt Wiesbaden (Zollvereins-Kongreß) und Dresden (freie Konferenzen, 3. Kommission). Möge das Ende ein besseres sein.

Wir haben mitgetheilt, daß den beiden Bevollmächtigten für Luxemburg und Limburg in Dresden aufgegeben worden ist, ihre besonderen Vollmachten in eine Kollektiv-Vollmacht umwandeln zu lassen. Dem Vernehmen nach ist hierzu eine Frist von drei Wochen gestellt worden. (C. Z.)

△ **Dresden,** 22. Januar. Die zweite Kommission, die sich mit der Kompetenz der Bundesbehörden beschäftigt, hat das Bedürfniß, gewisse Fragen durch absolute Majoritäten im Plenum entscheiden zu lassen, anerkannt und in dieser Beziehung die Vertheilung von Nationalbelohnungen für wichtige Erfindungen und die Errichtung einer gemeinsamen statistischen Behörde für den Bund als geeignet bezeichnet. Auch gegen das Wandern der Handwerker in die Schweiz hat sie einen ausführlichen Gesetzentwurf vorbereitet, über den das Plenum mit einfacher Mehrheit beschließen soll; freilich etwas zu frühzeitig, da ein solches Gesetz mit den Paßeinrichtungen und der Gewerbepolizei in den Einzelstaaten sehr enge zusammen hängt. Was durch Stimmeneinhelligkeit beschlossen werden soll — wenn man anders einen Vertrag einen Beschluß nennen darf — darüber wird natürlich nie beschlossen, da auf Einstimmigkeit in einem Plenum, in welchem Holland und Dänemark Vertreter haben, bei wichtigen Fragen, die die Wohlfahrt der Gesammtheit berühren, nicht gezählt werden darf. Wenn Baiern also unter anderen die Ausgleichung der Konsumtionssteuern auf diesem Wege betreiben will, so heißt das nichts anderes, als die Sache ruhen lassen. — Die 1. Kommission ist noch immer mit den Modifikationen des Stimmenverhältnisses im engeren Rathe beschäftigt. Es wird gegen dieselben von den kleinen Staaten, wenn die betreffende Vorlage vom Plenum diskutirt wird, der lebhafteste Widerstand erwartet, da sie in eine Verminderung ihres bisherigen Antheils an der Exekutive nicht willigen werden.

Frankreich erregt hier vielfache Besorgniß, und ein Umschwung der von dort her käme, würde wie Napoleons Rückkehr auf die Konferenzen wirken. Man versichert, daß im Falle einer eintretenden Katastrophe, auf die man sich hier ernstlich vorbereitet, Oesterreich und Preußen die Exekutive des Bundes provisorisch übernehmen werden.

△ **München,** 20. Jan. [Tagesbericht.] Als Minister v. d. Pfordten heute in einen vertrauten Zirkel kam, war sein erster Ausruf: „die Autorität des Bundestages ist hergestellt." Weiter ließ sonst unser Premier nichts verlauten, als daß nach Vollendung des deutschen Gesammt-Verfassungswerkes auch „Verbesserungen" an den deutschen Einzelnverfassungen vorgenommen werden müssen. — Es vergeht fast kein Tag wo nicht ein russischer „Bevollmächtigter" im hiesigen Gesandtschaftslokal eintrifft und wieder abgeht. Was dieselben auskundschaften wollen, ist zwar nicht bekannt, aber daß sie kundschaften, und zwar nicht zu unserm Vortheil, ist ganz gewiß. — Heute ist der Ministerial-Rath v. Herrmann als Bevollmächtigter über das Handelswesen nach Dresden abgegangen. Die Zoll-Angelegenheiten hat Herr v. Meixner, bisher Bevollmächtigter beim Central-Bureau des deutschen Zollvereines in Berlin, für Baiern zu vertreten.

Wiesbaden, 19. Jan. [Die deutsche Zollkonferenz] hat sich hier in diesen Tagen bereits zu bilden begonnen. Angelangt sind nämlich schon geh. Rath Delbrück von Berlin und Senator Cöster von Frankfurt a. M. Heute wird der braunschweigische Kommissar erwartet, morgen der darmstädtische, O.-F.-R. Biersack. Auch Sachsen und Baiern, die freilich von jeher mehr zu Oesterreich gehalten haben, werden sich ohne Zweifel nicht von den hiesigen Verhandlungen ausschließen, die im Allgemeinen nur den inneren deutschen Haushalt betreffen, und nicht auch die Beziehungen zum Auslande. Der nassauische Kommissar ist Obersteuerrath Scholz. (Fr. J.)

Darmstadt, 17. Jan. Es ist ein nicht bedeutungsloses Zeichen, daß von den zu Mitgliedern der 1. Kammer Gewählten einer nach dem andern die Mission ablehnt. Nachdem H. v. Gagern, an dessen Stelle ein rheinhessischer Beamter, Friedensrichter Grode, gewählt ward, und Hr. v. Breidenstein zurückgetreten, hat auch Oberappellationsgerichtsrath Schenck (Präsident der Kammer auf den beiden letzten Landtagen), ein persönlicher und politischer Freund Gagern's, unter dem Vorwande der Rücksicht auf seine Gesundheit sich zurückgezogen. Er will, wie es scheint, seinen Sitz keinem oktroyirten Wahlgesetze verdanken. (Allg. Z.)

Hannover, 19. Jan. [Die Stimmung in Hannover] in Stadt und Land, ist eine dumpfe. Den Einmarsch der Oesterreicher wird man bald eine Besetzung des Landes durch die Oesterreicher nennen dürfen; in mehren Städten, in Hildesheim, in Göttingen, sogar in Hannover selbst, haben die Oesterreicher auf ihrem Durchzuge die Thorwachen mit besetzt. Der Unwille im Lande ist allgemein; die Ansichten über den Grund dieser ganzen österreichischen Truppenbewegung sind hier und dort mehr oder weniger klar; aber daß die Pacificirung Holsteins der alleinige Grund nicht sein könne, davon überzeugt man sich täglich gewisser. Die öffentliche Ruhe ist bis jetzt im Lande wie in der Hauptstadt noch nicht gestört; aber gegen die Gedrücktheit der Stimmung bildet es einen grellen Gegensatz, daß in der Residenz von höchster Stelle den Fremden glänzende Diners gegeben und Serenaden angenommen werden. Das Ministerium Münchhausen hat einen lebensgefährlichen Stoß durch die Ereignisse der letzten Wochen bekommen. Wenn das jetzige Ministerium zurücktreten sollte, so würden wir ein entschiedenes Junkerministerium bekommen, welches die Oesterreicher zum Schutze hat. Selbst die blindesten Verehrer Stüve's sehen jetzt ein, daß sein unerhörter Eigensinn auch in Sachen der auswärtigen Politik die schlimmen Situationen, in welchen sich das hannoversche Land befindet, vorbereitet hat. (D. A. Z.)

Hannover, 21. Jan. [Der König] hat dem Musikchor des österreichischen Regiments, welches ihm, wie wir erzählt, am Sonnabend eine Nachtmusik gebracht hat, ein Geschenk von 50 Dukaten gemacht. Eine gewisse Mißstimmung über die besonderen Zuvorkommenheiten, welche Seitens des Hofes den österreichischen Offizieren bewiesen werden, greift besonders auch in unserm Militär um sich; in jenen Aufmerksamkeiten findet es, und nicht mit Unrecht, eine indirekte Zurücksetzung. (Hann. Bl.)

Braunschweig, 17. Jan. [Oesterreicher.] Nach einer ziemlich verbürgten Nachricht werden heute österreichische Truppen in Seesen eintreffen und morgen weiter nach Salzgitter marschiren, es ist daher möglich, daß das seit mehreren Tagen hier herrschende Gerücht, daß auch unsere Stadt österreichische Einquartierung erhalten werde, sich bestätigt, obwohl unsere Regierung alles mögliche gethan haben wird, um solche abzuwenden. (W. Z.)

Hamburg, 21. Januar. Heute Morgen hat eine Deputation von Schleswigern bei den Bundeskommissären in Streits Hotel Audienz gehabt. (B. H.)

Seit einigen Tagen tritt die Aussicht, daß Hamburg eine österreichische Besatzung erhalten werde, in bestimmter Form auf. Der Senat hat dem Vernehmen nach gestern über diese Angelegenheit gemeinschaftlich von österreichischer und preußischer Seite die Anzeige erhalten, daß nächster Tage eine Abtheilung des österreichischen Corps hierher verlegt werden werde; die Kosten sind dabei auf die „Bundeskasse" angewiesen worden. Nach der „B.-H." würden jene Truppen die Zahl von 3—4000 Mann nicht übersteigen. Wann sie eintreffen und ob damit Durchzüge verbunden sein werden, scheint ungewiß zu sein; man erwartet indeß noch vor Ende dieser Woche die Ankunft. Wie man vernimmt, hätte der Senat das Einrücken, indeß ohne Erfolg, abzulehnen gesucht.

Heute haben die ersten Entlassungen der schleswig-holsteinschen Armee in Rendsburg stattgefunden; morgen werden sie in Altona, Kiel und Oldesloe beginnen; zuerst werden die sämmtlichen Schleswiger entlassen, denen ein ausdrückliches Rescript des Regierungscommissars für Schleswig verlesen worden ist, wonach ihrer Rückkehr keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, und sie auch wegen des Dienstes in der schleswig-holsteinschen Armee nicht weiter zur Rechenschaft gezogen werden sollen; dann werden die Fremden entlassen, die in Altona einen Reisepaß nach ihrer Heimat oder auch ins Ausland ausgefertigt erhalten und ein Reisegeld empfangen, zuletzt werden die Holsteiner entlassen werden. Die Durchzüge durch unsere Stadt werden in Folge dessen für die nächsten Tage sehr stark sein, und wird unsere Polizei eine umfangreiche Thätigkeit entwickeln müssen, da die genußreiche Lebensweise unserer Stadt viele zu einem längern Aufenthalt veranlassen dürfte, bis sie alsdann mittelbar den Behörden zur Last fallen. — Von den Konsuln der transatlantischen Mächte, namentlich von Brasilien und Buenos Ayres ist ausdrücklich erklärt worden, daß sie keine Mannschaften engagiren, weder zum Kriegsdienst noch zu anderer Verwendung. — Das Hauptquartier der österreichischen Truppen wird heute nach Mölln in Lauenburg verlegt; bis heute werden wohl 10,000 Mann diesseits der Elbe im Lauenburgischen konzentrirt sein; das ganze Korps wird sich zuvörderst in Lauenburg sammeln, bevor es von dort auf der Chausse über Oldesloe, Oldenburg und Kiel vorrückt, was wohl nicht eher geschehen wird, bis die Verständigung der Kommissare erfolgt ist. (D. Ref.)

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

□ **Kiel**, 21. Januar. Das Unglaubliche rückt uns immer näher. Die Oesterreicher standen schon gestern ¼ Stunde vom holsteinschen Boden, nämlich im Lauenburgischen bei Oldesloe; vielleicht haben sie schon in diesem Augenblicke unsern Grund und Boden betreten. Die Absendung des dänischen Generals Bardenfleth zur Uebernahme des Kommando's über unsere Armee haben Sie bereits erfahren. Soeben trifft hier von der Lübecker Chaussee ein Wagen ein, in welchem sich genannter General in Civilkleidern befinden soll. Wir kennen ihn freilich nicht, aber seine hiesige Ankunft wird behauptet. Ferner werden die Dänen nicht nur in dem bisher von uns besetzt gewesenen Orte Gottorf (1½ Stunde von hier), sondern auch in Holtenau, dicht am Kanale gelegen, stündlich erwartet. Unsere Kriegsschiffs-Station bei Holtenau wird bereit gehalten, um hierher gebracht zu werden. Gottorfer Kaufleute machten vorgestern hier große Einkäufe von Waaren, um dieselben noch vor Ankunft der Dänen, bezüglich vor Ausdehnung des hohen dänischen Zolltarifs auch auf diesen Ort, zu sich zu bringen.

Sie sehen hieraus, wie die Dänen die kommissarische einschlägige Anordnung ausführen. Statt nördlich, ziehen sie sich immer mehr südlich. Wir haben ihnen ganz Schleswig geräumt, so daß ihre Besitznahme desselben bei Ankunft der Oesterreicher als ein fait accompli erscheint.

Unterdessen wird in Hamburg anhaltend unterhandelt. Wie wir aus bester Quelle erfahren, bildet dort unser emittirtes Papiergeld einen Hauptstreitpunkt. Dänemark will das vom 2. Juli 1850 (dem Tage des neuen Friedens-Traktats) ab emittirte nicht anerkennen, bezüglich Schleswig an demselben nicht participiren lassen, während für das bis dahin ausgegebene beide Herzogthümer aufzukommen haben, und zwar so, daß sie dasselbe nach gesetzlicher Repartition einzulösen haben. Die bis zum 2. Juli emittirten Zettel belaufen sich auf 3¼ Million Mark, wozu noch die Obligationen für die Kriegssteuer kommen. Von da ab wurden noch für 1¼ Million Zettel, so wie für etwa 8—10 Millionen Obligationen für die Kriegssteuer und freiwillige Anleihe hinzugefügt.

Bis zum 28sten d. soll die Reduktion vollendet sein, worauf alsdann die Einsetzung der neuen Regierung sofort vor sich gehen soll. Trotz dem uns von Außen auferlegten Zwang ist die Ordnung im Lande noch keinen Augenblick gestört worden; die Rückständigen in den Kriegssteuern werden nach wie vor exekutirt. Vor einigen Tagen erhielten auch die in unserem Gebiete liegenden Güter des Großherzogs von Oldenburg wegen rückständiger Zahlung Exekutions-Truppen.

Mölln, 19. Januar. Heute Mittag um 2 Uhr sind denn die ersten „Bundestruppen" hier wirklich eingezogen. Der Hauptmann des hier garnisonirenden Bataillons des am 16. beeidigten lauenburgischen Jägerkorps war ihnen entgegengeritten, auch wie es heißt, um zu veranlassen, daß die Truppen wegen des Gottesdienstes nicht mit voller Musik einzögen, was denn auch nicht geschah. Es mögen im Ganzen 1000 Mann gewesen sein und waren dieselben mit grünen Zweigen an ihren Hüten geschmückt. Der Zweck ihres Kommens ist selbst höheren Offizieren unbekannt; sie hoffen, daß es auf die Casino-Männer abgesehen ist. Die Bedienten der Offiziere, sowie andere Gemeine, sind, wie wir von allen Seiten hören, einfach, bescheiden, anspruchslos und leicht zufrieden gestellt. (A. M.)

Oesterreich.

* **Wien**, 22. Januar. [Tagesbericht.] Heute soll die Wahl des Bürgermeisters vorgenommen werden. Nach aller Wahrscheinlichkeit wird nicht der bisherige Präsident des Gemeinde-Rathes, sondern der Advokat Dr. Zelinka die Majorität erhalten.

Man spricht von der Ernennung des Fürst-Erzbischofs zum Reichsrath; hingegen soll er einen Coadjutor erhalten. — Auch Baron Andriani, der bekannte Verfasser von „Oesterreich und seine Zukunft," welcher sich in einer Broschüre für das Föderativsystem aussprach, soll als Reichsrath proponirt sein.

Fürst Paul Esterhazy dürfte bald eine Reise nach London unternehmen, die nicht blos Privatzwecke verfolgt; der Magnat ist beim Volke in der Themsestadt beliebt und am brit. Hofe ein mannigfach ausgezeichneter Kavalier. — Vielleicht, daß die Beziehungen beider Mächte hierdurch freundlicher werden.

Pillersdorff's Broschüre über die Finanzen ist bereits in zweiter Auflage vergriffen.

Die Rede, womit der Handelsminister die Kongreßmitglieder begrüßte, bestätigt nur, daß dieser das angenommene Schutz-System a priori billigen muß, und sein Beirath nur einzelne Tarifsätze berühren kann; sie haben ein Werk von großer Tragweite dem Abschlusse zuzuführen, sie haben die letzte Feile anzulegen, heißt es in dieser Rede. Welche Gegner daher auch unter den Delegirten das Schutzsystem haben mag, sie werden kaum in die Lage kommen, sich über das Prinzip aussprechen zu können, und noch weniger, eine wesentliche Aenderung oder Schwächung desselben durchzusetzen.

Gestern ist Se. kaiserl. Hoheit Erzherzog Ernst in Begleitung des Generalmajor Grafen Degenfeld und Hauptmann Blasits v. Pardubitz hier angekommen.

Der Legations-Attaché Graf Schuwaloff ist von Neapel nach St. Petersburg gestern hier durchgereist.

Rußland.

Kalisch, 17. Jan. [Das russische Neujahrsfest] ist am 13. in Warschau sehr festlich begangen worden. Vormittags nach 10 Uhr waren die Gemächer des Schlosses überfüllt von allen in Warschau anwesenden Civil- und Militärdignitäten, welche in üblicher Weise dem Fürsten von Warschau ihre Neujahrsgratulationen darbrachten. Hierauf war in der griechisch-russischen Kathedrale Gottesdienst, welchem der Fürst mit seiner glänzenden Begleitung beiwohnte. Nach dem Gottesdienste wurde der Statthalter am Eingange des Schlosses von zahlreichen Postillons mit einem Tusch empfangen, worauf ein von sämmtlichen Musik-Chören der in Warschau stationirten Regimenter zusammengesetztes großes Musik-Chor, bestehend aus 500 Mann, eine herrliche Musik aufführte. Der Kriegsgouverneur aus Kalisch, General-Major Fürst Galiczin, ist eigens nach Warschau gereist, um dem Fürsten Statthalter zum Neujahr zu gratuliren. — Es wurde aber das Fest in Warschau getrübt durch den Tod eines ausgezeichneten Mannes der russischen Armee. Es starb nämlich am 13. Januar der Kommandant der Warschauer Alexander-Citadelle, General-Lieutenant Graf Simonitsch, in Folge eines Sturzes aus dem Wagen. Obgleich Ausländer (Oesterreichisch-Dalmatier) von Geburt und von Religion katholisch, gelang es diesem Manne, sich durch seine Talente zu hohen Würden emporzuschwingen. Er zeichnete sich im Dienste Rußlands durch 30 Jahre als Krieger und Diplomat zugleich aus, war im Besitze von 10 Orden und hatte erst das 58. Jahr erreicht. (K. B. a. B.)

Italien.

* **Rom**, 15. Januar. Die Gazetta di Venezia bringt eine interessante Korrespondenz aus Rom, deren Angaben sich früher schon mehrfach als zuverlässige bewährten. Darnach wird das Gerücht, als sei die Verzögerung des Erscheinens eines Verfassungsstatutes für den Kirchenstaat durch die Remonstrationen einiger nordischen Regierungen veranlaßt, als falsch widerlegt; der Papst sei vielmehr fest entschlossen, ein solches Statut im Frühjahre zu erlassen. Neuerlich ist wieder ein Gnadenakt von der päpstlichen Regierung geübt worden. Mehrere von der Purifikationskommission ausgeschlossene Offiziere sind mit Beibehaltung ihres Ranges in die Reihen der päpstlichen Armee aufgenommen worden.

* **Neapel**, 11. Jan. Eine große, glänzende Truppenschau ward heute abgehalten; der König wohnte derselben in Begleitung des Herzogs von Kalabrien und des Grafen v. Trapani bei. — Seitdem das Kriegsgericht, wie bekannt, mehrere wegen Desertionsbegünstigung Angeklagte freigesprochen, wendet sich demselben beinahe im Gegensatze zur Civilgerechtigkeit, die Volkssympathie zu. Nach mehreren, nicht innerhalb Neapels erscheinenden Blättern, hätte sich in der letzteren Zeit eine kleine Spannung zwischen neapolitanischen und schweizerischen Offizieren bemerkbar gemacht. So sei es z. B. aufgefallen, daß bei dem Leichenbegängnisse eines Schweizers blos zwei neapolitanische Offiziere sich einfanden.

Frankreich.

× **Paris**, 20. Jan. [Tagesbericht.] Die Krisis ist um einen Schritt vorwärts gerückt! Wie ich Ihnen bereits gestern gemeldet, hatten mehre Mitglieder des Kabinets dem Präsidenten die Erklärung abgegeben, daß sie nach dem Mißtrauensvotum der National-Versammlung mit ihrer persönlichen Ehre unvereinbar halten, die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten weiter fortzuführen. Der Präsident sah sich demnach gestern Abend genöthigt, die Demission des Kabinets anzunehmen. Die offizielle Anzeige hiervon ist auch bereits heute in dem „Moniteur" zu lesen.

Aber nun die Bildung eines neuen Kabinets! Das ist freilich nicht so leicht. Odilon Barrot beansprucht sowohl für die Wahl der übrigen Kabinets-Mitglieder, so wie über die zu befolgende Politik carte blanche von dem Präsidenten, die ihm dieser aber nicht gewähren mag, da er wohl weiß, daß Barrot sofort Herrn Dufaure in das Kabinet rufen würde, von dem der Präsident nichts wissen will. Die Wahrscheinlichkeit ist in diesem Augenblicke für ein Kabinet Faucher-Daru.

Herr v. Lamartine, der gestern Abend nach dem Elysee berufen ward, lehnte das Anerbieten, ein Kabinet zu bilden, vollständig ab, indem er ganz offen erklärte, daß verabscheut von der Rechten und verdächtigt bei der Linken, er niemals eine Majorität werde erlangen können. Wie versichert wird, hat er dem Präsidenten die Zurücknahme des Wahlgesetzes vom 31. Mai angerathen. Von dem Präsidenten darüber befragt, welcher Weg nun einzuschlagen und was für ein Kabinet am gerathensten sei, erwiederte Hr. v. Lamartine, daß nach seiner Ansicht ein Ministerium Od. Barrot das einzige Mittel wäre, die Situation auszugleichen.

Wie es scheint ist der Präsident trotz des Zwiespalts der Majorität entschlossen, durch das neue Kabinet zu allererst das Dotations-Projekt einbringen zu lassen. Er will sehen, ob die Versammlung gegen seine Person feindlich auftreten wird, und hat für den Fall, daß er hier eine Niederlage erfährt, bereits seine Dispositionen getroffen.

Die 286 Mitglieder der Minorität, welche am Sonnabend gegen das Mißtrauensvotum gestimmt haben, waren auf gestern Abend, wie ich bereits auch gemeldet, zusammenberufen worden, um einen neuen politischen Verein zu bilden. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht; Herr Faucher präsidirte. Es sind verschiedene ultra-elyseeische Motionen eingebracht worden; die Versammlung war aber vernünftig genug, sie abzulehnen. Sie faßte den etwas vagen Beschluß, das Programm der alten Majorität beizubehalten, und ernannte drei Kommissare in den Personen der Herren Faucher, Daru und Lacrosse. Heute Abend findet eine zweite Sitzung statt.

Das Votum vom Sonnabend, welches durch die Koalition eines Theils der Majorität mit der Linken ermöglicht worden ist, fährt fort, die Gemüther in hohem Grade zu beschäftigen. Ein alter französischer Pair, der unter der Monarchie mehrere Male Minister gewesen ist, äußerte sich gestern in einem politischen Kreise folgendermaßen:

„Meiner Ansicht nach haben die Konservativen, welche mit dem Berge gestimmt, einen unermeßlichen Fehler begangen, dessen Folgen uns Allen verderblich werden können. Was hat man gewollt? Den Präsidenten angreifen? Seine Autorität erschüttern? Ihn vielleicht gar stürzen? Allein was würde aus uns werden, wenn diese Autorität verschwände? Welche Partei ist im Stande, den Kampf aufzunehmen, den der Sozialismus im Jahre 1852 beginnen wird? Sind es die Legitimisten, sind es die Orleanisten? Weder die Einen, noch die Andern haben die nöthigen Hülfsquellen. Ein Mann nur ist in der Lage die Gesellschaft gegen die Revolution zu vertheidigen, und dieser Mann ist der gegenwärtige Chef der Exekutivgewalt. Er hat die Armee, er hat die Gewalt, er hat die Beamten, er hat Alles, was Einfluß gewährt. Dieser Mann ist auch bereit zu kämpfen, er erschrickt nicht vor der Gefahr, er geht ihr sogar kühn entgegen, und die konservative Partei will sich ihm als Hinderniß entgegenstellen? Zu welchem Zwecke? Um zu verhindern, daß das Kaiserreich der Republik folge? Diese Besorgniß ist sonderbar genug! Seit wann lieben denn die Konservativen die Republik so sehr? Seitdem sie vor dem Despotismus Furcht haben, werden sie antworten. Allein, nehmen Sie sich in Acht, in den Despotismus der Anarchie zu fallen. Denn, täuschen Sie sich nicht, es handelt sich eben um den Despotismus des Kaiserreichs und den der Anarchie. Ich meinerseits will lieber den des Kaiserreichs als den der Anarchie, und obgleich kein Bonapartist, würde ich dem Präsidenten doch, wenn ich in der Kammer säße, meine volle Unterstützung gewähren."

Auch die Journale beschäftigen sich heute noch fast ausschließlich mit dem Votum vom Sonnabend und die Organe des Elisee sind voll Entrüstung gegen die Koalition, die das Ministerium gestürzt hat. Ihre Bemerkungen gegen die unnatürliche Verbindung der Konservativen mit dem Berge mögen ganz richtig sein, allein genau betrachtet, hatte das Ministerium selbst für eine solche Koalition gewirkt. Denn so wie Baroche gegen das Amendement St. Beuve auftrat, eben so entschieden erklärte er sich auch gegen die Kommissionsbeschlüsse, und seine Absicht ging offenbar dahin, die Linke auch gegen diese Beschlüsse stimmen zu lassen, welche ein Lob auf Changarnier enthielten. Wäre dies dem Minister gelungen, so würden die Kommissionsbeschlüsse ebenfalls nur durch eine Koalition der Linken mit den Freunden des Ministeriums verworfen worden und in diesem Falle würden die elyseeischen Journale schwerlich gegen die Immoralität solcher Allianzen aufgetreten sein. Hr. Baroche und seine Kollegen würden vielmehr die Unterstützung der Linken ohne Skrupel angenommen und ihre Organe würden dies sehr natürlich gefunden haben.

Die National-Versammlung beschäftigte sich heute mit dem Gesetze über die Verhaftung der Repräsentanten wegen Schulden. Ein Amendement von Bac, welches die absolute Unverletzlichkeit der Repräsentanten den Gläubigern gegenüber beantragte, wurde mit 469 gegen 201 Stimmen verworfen. Man nimmt als ziemlich gewiß an, daß in der morgenden Sitzung der Kommissions-Antrag angenommen werden wird. Derselbe geht dahin, daß die Gläubiger die Autorisation zur Verfolgung von Repräsentanten bei der National-Versammlung nachzusuchen haben.

Schweiz.

Basel. 17. Januar. [Die Besetzung des St. Immerthals] durch Berner Regierungstruppen ist ohne Widerstand vollzogen worden. Anfänglich machten die jungen Leute Miene Gewalt entgegenzusetzen; als aber der Kommandant scharf laden ließ, verschwanden die Haufen. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen; der Stein des Anstaßes aber, Dr. Baßwitz, übersiedelte schon 24 Stunden vor Ablauf seines Ausweisungstermins nach dem Kanton Neuenburg. Seine Appellation an den Bundesrath, worin er wegen verlornen Heimats-Rechts in Preußen die Eigenschaft als „schweizer Heimatloser", mithin „Schweizerbürger" geltend zu machen suchte, wurde verworfen. Zugleich sandte diese Behörde in der Person des Herrn Migy einen eidgenössischen Kommissar nach Neuenburg, um dortige Sympathien für die Bevölkerung des Immerthales zu überwachen. Aller Augen richten sich jetzt nach St. Gallen, wo übermorgen die Volksabstimmung für oder gegen Verfassungs-Revision geschehen soll. Die Revisionsfreunde (Radikalen) rechnen auf den Sieg, nicht minder die Gegenpartei. Jedenfalls wird die Mehrheit des einen wie des andern Theils eine geringe sein. Der hauptsächlichste Vorwurf, welcher der jetzigen Verfassung St. Gallens gemacht wird, ist die Trennung der Gesetzgebung je nach beiden Konfessionen, ein Umstand, der den allgemeinen Bundesgesetzen der regenerirten Eidgenossenschaft widerspricht und deshalb von den Radikalen zu ihrem Vortheil ausgebeutet wird. Im Kanton Aargau fallen die Wahlen für den zweiten Verfassungsrath etwas mehr entschieden aus. Auch in Wallis hat die Fortschrittspartei in der Volkstabstimmung die Einführung der Progressivsteuer durchgesetzt. (O.-P.-A.-Z.)

Provinzial-Zeitung.

* **Breslau**, 23. Januar. [Theatralisches.] Es ist nicht bekannt geworden, daß eine der größeren Bühnen in Preußen ein besonderes bezugreiches Festspiel zur dritten 50jährigen Jubelfeier der preußischen Königswürde zur Aufführung gebracht habe. In Breslau ist dies bekanntlich geschehen. Das schwungvolle Festgedicht hat mit seinen sinnreich erdachten und vortrefflich ausgeführten lebenden Bildern, sowie mit den passend gewählten Musikstücken eine so beifällige Aufnahme gefunden, wie sie in den Theater-Annalen wohl nur selten vorkommen mag. Das Festgedicht ist bis jetzt an drei Abenden zur Aufführung gekommen, und zwar jedesmal bei einem, in allen seinen Räumen überfüllten Hause. — Morgen den 24. beschreitet dasselbe zum 4ten Mal die Bühne. Da Morgen der Geburtstag Friedrichs des Großen ist, so dürfte die Aufführung nicht ohne Beziehung auf diesen Tag sein, der Preußens und wohl auch Europas größten Monarchen das Leben gab. Uebrigens wird Morgen das Andenken an den unsterblichen Friedrich wie in Berlin, so auch in Breslau in patriotischen Kreisen gefeiert werden.

Die gestern hier eingetroffene Nachricht von dem Tode des beliebten Komponisten Lortzing gab bei der gestrigen Aufführung von dessen Oper „Der Waffenschmied" unserem Sänger Prawit Veranlassung, in dem bekannten Liede des dritten Aktes folgende Worte einzulegen, die als eine dankbare Anerkennung der Verdienste des Verstorbenen hier Aufnahme finden mögen:

Der herrliche Lieder in Ernst und in Lust
Geschaffen, der Meister ist todt!
Das Beste und Höchste, das schwellt' ihm die Brust,
Doch drückte ihn Sorge und Noth!
Erst gestern starb Lortzing so plötzlich dahin,
Das trübt und umdüstert dem Sänger den Sinn.
„Dies Lied sei Dir Lortzing geweiht,"
Du lebst auch für künftige Zeit — !

* **Breslau**, 18. Januar. [Der Hilfs-Verein für den westlichen Theil des Schweidnitzer-Anger-Bezirks] beschloß in der am 26. Oktober vorigen Jahres abgehaltenen General-Versammlung die Errichtung einer Klein-Kinder-Bewahr-Anstalt für die Kinder der Bezirksbewohner. Eine besondere Veranlassung hierzu lag in der weiten Entfernung der nächsten Klein-Kinder-Bewahr-Anstalt (Dorotheengasse) von dem Bezirke und in der Ueberfüllung dieser letzteren, welche die Aufnahme einer großen Anzahl von Kindern nicht gestattet hatte.

An dem heutigen festlichen Tage erfolgte die Einweihung der neuen Anstalt in dem Gartenstraße Nr. 5 belegenen Lokale. Auf die vom leitenden Komitee des Vereins ergangene Einladung hatten sich die aufgenommenen Kinder, sowie deren Eltern, sämmtlich der ärmeren arbeitenden Klasse angehörig, versammelt. Herr Pfarrer Thiel, Mitglied des Komitee's, richtete eine Ansprache an die Versammelten. Er hob mit Hinweisung auf den Zweck des Vereins: der Entsittlichung und Verarmung vorzubeugen, die Gründe hervor, welche den Verein bestimmen, die Förderung dieses Zweckes in der Errichtung einer Anstalt zu suchen, deren Bestimmung einerseits in der Erweckung des Sittlichkeitsgefühls und der geistigen Thätigkeit in dem empfänglichsten Lebensalter und Abwendung aller schädlichen Einflüsse, anderer Seits aber in der Erleichterung liege, welche den arbeitenden Klassen in der Erziehung und Pflege ihrer Kinder gewährt werde; er ermahnte die Eltern, in der ihnen gewordenen Erleichterung die doppelte Verpflichtung zu finden, ihrer Seits auf die sittliche Ausbildung ihrer Kinder in dem häuslichen Kreise einzuwirken, so wie die erwählte Lehrerin an die treue Erfüllung ihrer schweren Pflichten, empfahl dem Comitee, und insbesondere dem Vorstande der Anstalt die Obhut und Sorge für die neue Anstalt und schloß mit einem, den Segen Gottes für ihr Gedeihen erflehenden Gebete. — Die Eröffnung der Anstalt, zu welcher bisher 32 Kinder angemeldet sind, findet am 20. Januar statt. — Obwohl sie als die achte sich an die hier bestehenden Anstalten gleicher Art reiht, so ist doch bei der großen lokalen Ausdehnung unserer Stadt dem Bedürfnisse noch nicht Genüge geleistet. Möchte daher dasselbe durch die Errichtung gleicher Hülfs-Vereine für die übrigen Bezirke der Stadt eine baldige Abhülfe finden.

Breslau, 22. Januar. [Statistisches.] Es haben in der Provinz Schlesien das Zeugniß der Reife erhalten: im Jahre 1849 19, 1850 38 Kandidaten; ordinirt wurden 1849 25, 1850 24 Kandidaten. Wahlfähige Kandidaten waren Ende 1849 200, Ende 1850 201. (Kirchl. Bl.)

§ **Breslau**, 23. Januar. [Vorträge im Café restaurant.] Gestern Abend sprach Hr. Dr. Stein ungefähr anderthalb Stunden über die französische Juli-Revolution und deren Einfluß auf Deutschland. Der Regierungs-Antritt Ludwig XVIII., die Stellung der Parteien unter dem liberalen Ministerium Decaze, die Ermordung des Herzogs von Berry, die darauf folgende Zeit der Restauration unter dem Minister Villele und die Blüthe der Reaktion, die Allgewalt der Jesuiten unter Karl X. wurde vom Redner nur kurz berührt. In lebhaften Farben schilderte er dagegen den ersten Eindruck der Juli-Ordonnanzen, das allmählige Anwachsen des Straßenkampfes in Paris am 28. und 29. Juli 1830, den endlichen Sieg des Volkes am 30sten, die Einsetzung einer provisorischen Regierung und die Erhebung Louis Philipps zum Könige der Franzosen.

Die Rückwirkung dieser Ereignisse auf Deutschland bezeichnete der Redner als sehr gering, da in Folge derselben nur an einzelnen Stellen sich eine vorübergehende Bewegung kundgegeben habe. In Braunschweig brach eine Revolte aus, Herzog Karl, der seine Revenüen in Paris verzehrte, mußte abdanken, und sein Bruder Wilhelm übernahm nun die Regierung. Große Unzufriedenheit herrschte auch in Sachsen gegen den greisen König Anton, welcher ganz in den Händen der Jesuiten lag. Zunächst entstanden Unruhen in Leipzig, später auch in Dresden, und der König sah sich genöthigt, seinen Neffen Friedrich August zum Mitregenten anzunehmen. Die Sachsen erhielten sogar eine deutsch-konstitutionelle Verfassung und zwar ohne Jury und Preßfreiheit. Dasselbe war in Hannover der Fall, wo jedoch die Verfassung schon nach 5 Jahren aufgehoben wurde. Unruhige Scenen ereigneten sich auch in Berlin, Aachen und Kurhessen.

In den süddeutschen Staaten legte man schon damals das meiste Gewicht auf freie Institutionen. Die bekannten Führer der liberalen Opposition in Baden, Welcker und Rotteck, stellten bei der Regierung den Antrag auf Vertretung des Volkes beim deutschen Bundestage und Gewährung der Preßfreiheit. Die Regierung willigte in die letzte Forderung unter der Bedingung, daß ihr die erstere erlassen würde. Die Preßfreiheit bestand jedoch nur 6 Monate, während welcher Zeit Welcker und Rotteck ein ächt deutsch-liberales Blatt herausgaben.

Der Radikalismus war in Rhein-Baiern durch die Redakteure Würth und Siebenpfeifer vertreten. Im Verein mit diesen luden 6 Bürger aus Neustadt a. d. Hardt zur Feier eines deutschen Vereinigungsfestes nach dem Hambacher Schlosse ein. Es war am 27. Mai 1832, dem Tage der baierischen Constitutions-Feier, als 40,000 Männer aus allen Gauen Nord- und Süd-Deutschlands in Neustadt zusammenkamen; auch Börne aus Paris hatte sich dort eingefunden. Ein großer Festzug begab sich unter Vorantragung der schwarz-roth-goldenen Fahne nach dem Hambacher Schlosse, wo in Reden und Liedern die deutsche Nationalität angefeuert wurde. Einige Hitzköpfe wollten sogleich losschlagen, sie wurden bald zur Ruhe gebracht.

Auf den Universitäten bildeten sich damals zwei Parteien, von denen die eine den Fortschritt auf dem Wege der Reform herbeiführen, die andere aber die deutsche Freiheit und Einheit durch eine Revolution erkämpfen wollte. Am 3. April 1833 begaben sich 50 bis 60 zur Burschenschaft „Germania" gehörige Studenten nach Frankfurt a. M., um einen Angriff auf den Bundestag zu wagen. Abends um 9 Uhr stürmten sie auf die Straße, eroberten eine Wache und verjagten das Militär aus derselben. Sie waren von dem Wahne befangen, die Frankfurter Bürger würden mit ihnen zugleich die Waffen ergreifen und das deutsche Volk werde ihnen bald nachfolgen. Die Frankfurter Bürger aber fragten verwundert, was jene Vorgänge zu bedeuten hätten. Ein Theil der Jünglinge blieb im Kampfe, die übrigen büßten ihr Unternehmen durch mehrjährige Freiheitsstrafe. Dies waren die letzten Nachzuckungen der Juli-Revolution in Deutschland.

Der Redner schloß mit einigen Bemerkungen, in denen die allgemeine Bewegung des Jahres 1848 den vereinzelten Unternehmungen der 30er Jahre gegenübergestellt wurde. An dem Unterschiede, welcher sich bei Vergleichung der angeführten Epochen zwischen den früheren und gegenwärtigen Erhebungen der Völker ergab, wies der Redner die ungeheuren Fortschritte in der Entwickelung der Geschichte nach.

Breslau, 21. Jan. [Kathol. Central-Verein.] Präsident: Kuratus Karker. Stud. Kaluza giebt ein übersichtliches Bild der Missionsthätigkeit der kathol. Kirche seit dem 12. Jahrhundert bis auf die Gegenwart; deutet die Hindernisse an, welche dabei überwunden worden, und zählt die Gründe auf, warum die protestantischen Missionen mit Unfruchtbarkeit geschlagen seien.

Dr. Dinter macht Mittheilung von den kleinen Schwestern der Armen, die sich die Pflege altersschwacher, verlassener Personen zur Aufgabe gemacht. In einem Städtchen der Bretagne begannen zwei arme Dienstmädchen dies Werk im Jahre 1838 damit, daß sie eine erblindete alte Frau in Obhut nahmen, und die Vorsehung hat das auf sie gesetzte Vertrauen so reichlich belohnt, daß gegenwärtig in diesem Städtchen ein großes Haus mit 90 armen, altersschwachen Personen, für deren leibliche und geistige Bedürfnisse Sorge getragen wird, sich befindet. Es hat überdies die Genossenschaft der kleinen Schwestern der Armen in anderen Städten Eingang gefunden.

Präsident spricht über die Thätigkeit des Breslauer Vincenz-Vereins im verflossenen Jahre. In öffentlichen Blättern dürfe laut Vereinsstatuten über die spezielle Wirksamkeit nichts mitgetheilt werden, denn „die Rechte soll nicht wissen, was die Linke giebt;" im katholischen Verein dagegen, dessen Almosenpfleger gleichsam der Vincenz-Verein, sei eine solche Mittheilung ganz am rechten Ort, um einerseit zum freudigen Dank aufzufordern für das Gute, welches Gott durch ihn gewirkt, und andererseits, um die Theilnahme für ihn zu erneuern nnd zu erhöhen, damit er seinen Kreis mehr und mehr erweitern könne.

Kuratus Welz beantwortet die Frage: Warum denn die Erlösung durch die heiligen Sakramente der Taufe und der Buße zugemittelt wurde, da die Gerechten des alten Bundes ohne Taufe und Buße der Erlösung theilhaftig geworden.

Den Schlußvortrag hält der Regierungsrath Barthel. Er schildert jene geistige Verfassung des Menschen, welche nach christlichem Sprachgebrauch der Stand der Gnade genannt wird und wies den Gegensatz dieser inneren normalen Verfassung in der Verblendung nach. Das Schreckliche dieses letzteren Zustandes fand er möglichst körnig in dem alten Worte ausgesprochen: Wen Gott verderben will, den verblendet er, d. h. an wem Gott seine Strafgerechtigkeit offenbaren, wen er für seine Sünden züchtigen will, den überläßt er sich selbst, so daß der Unglückliche dann in seiner Verblendung die Strafe für sein frevelhaftes Beginnen an sich selber vollzieht. Der Redner zeigte nun, wie die Wahrheit dieses furchtbar ernsten Wortes noch täglich durch die Erfahrung im Leben des Einzelnen und der einzelnen Familie sich bestätige, wie dann aber diese Wahrheit durch die Geschichte der Völker noch ergreifender sich herausstelle. Die beweisenden Thatsachen entnahm er nun aus der Geschichte des Alterthums und verweilte besonders bei den Gräueln, welche die Zerstörung Jerusalems begleiteten. — Da die Zeit bereits zu weit vorgerückt war, um noch Beweise aus der nachchristlichen Zeit beifügen zu können, schloß der Redner und versprach die Fortsetzung für die nächste Sitzung. — Schluß 9½ Uhr. J. K.

Breslau, 23. Jan. [Central-Auswanderungs-Verein für Schlesien.] Sitzung vom 22sten. Erledigung des Protokolls der vorigen Sitzung. Tagesordnung: Mittheilungen.

Aus New-York wird geschrieben, daß in den Vereinigten Staaten noch an 1300 Mill. Acker unvermessene Kongreßländereien liegen. Die vereinigte Staatenkasse hat in den letzten 50 Jahren durchschnittlich 1,250,000 Doll. für verkaufte Kongreßländereien eingenommen. Die Revenüen des Staates betragen aus den Zöllen allein 50 Mill. Doll. jährlich, und die Staatsschuld etwa 100 Mill. Doll. — Kalifornien hat in den ersten 11 Monaten des Jahres 1850 über 27 Mill. Doll. Gold zur Ver. Staatenmünze geliefert. — Wie die Deutschen auch in den fernen Welttheilen ihre heimischen Gewohnheiten nicht lassen, zeigt eine Bestellung aus Cincinnati bei einem Magdeburger Handelshause um Cichorienkaffee, weil der reine Kaffee zu stark sei. — Aus Irland geht die Auswanderung selbst im Winter noch ungemein stark. Die Irländer wollen lieber im Dezember halb nackt über den Ocean ziehen, als auf den Landstraßen der grünen Insel verhungern oder in den Armenhäusern am Fieber sterben. — Briefe können jetzt aus San Franzisco über die Nicaragua-Straße in 25 Tagen nach Newyork gelangen. Der Weg über Panama erforderte 32 Tage. Wenn jedoch die Bahn über den Isthmus fertig sein wird, so wird der Weg noch um 500 (engl.) Meilen abgekürzt. — Baltimore zählt jetzt 170,000, Newyork 520,000, Philadelphia 330,000, Chicago 27,000 Einw. — In Sakramento-City (Kalifornien) wüthet die Cholera. Sie brach auch in San-Franzisco aus und griff schnell um sich. — Im letztverflossenen Halbjahr hat Bremen auf 94 Schiffen 25,177 Passagiere befördert. — Ein Bericht des Herrn Löscher, Dirigent eines Geschäfts-Büreaus in New-York spricht sich aus über Zeit, Ort und Weise der Ansiedelung in den Vereinigten Staaten und bekämpft namentlich die unter den Deutschen verbreitete Meinung, daß zum Gedeihen einer neuen Anlage im Westen ein schiffbarer Fluß nöthig sei. — Ein Brief aus Erie, Newyork, hat folgende Stelle: Meine Frau ist gut; die Obrigkeit knechtet mich nicht, ich habe bis jetzt keinen Cent Abgabe zu bezahlen gehabt. Was aber Deutschland betrifft, so bitte ich, mich mit allen den Neuigkeiten von dort, die nur die Galle aufregen und das Leben verbittern, zu verschonen. Es ist zum Rasendwerden, wenn die deutschen Angelegenheiten besprochen werden und man hören muß, daß Männer, die geachtet waren, zu Hofschranzen geworden sind ꝛc. — Für Posamentirer bietet Amerika nur dann genügenden Verdienst, wenn dieselben zugleich Tapezirer sind. — St. Louis hat im verflossenen Jahre einen großen Zuwachs an Deutschen gehabt, darunter auch viele politische Utopisten, die sich dort aber sehr bald die Hörner abstoßen werden. — Die Armee der Vereinigten Staaten zählt gegenwärtig 12,326 Mann incl. Offiziere. Diese reichen für ein so ungeheures Gebiet, welches dem Areal von

ganz Europa fast gleich kommt, aus, wo noch dazu wilde Völker zu bewachen und zu bekämpfen sind, und Baiern, ein Land, welches, wenn man es in dem Gebiete der Union verstecken würde, nur mit Mühe herausgefunden werden könnte, ernährt deren 70,000 Mann. — In Kalifornien beschäftigen sich 57,000 Personen mit dem Goldsuchen, welche in 5 Monaten über 30 Mill. Doll. Goldwerth gewonnen haben. Dennoch ziehen jetzt mehr Goldsucher fort, als neue ankommen, und schon beginnt der Ackerbau größere Wichtigkeit zu erlangen, wodurch der Grund zu einer dauernden Blüthe des Staates gelegt wird. — Die Allg. Ausw.-Zeitung giebt einen höchst betrübenden Bericht über eine Expedition von 140 Köpfen, welche Anfangs April 1850 von Stettin abfuhren, um in Central-Amerika sich anzusiedeln. Am 28. Juni im Landungshafen angekommen, rafften Noth und Tropenfieber bis zum 24. September über 100 Köpfe hin, und die Ueberlebenden befinden sich in einer furchtbaren Lage. Viele sind buchstäblich verhungert. Der Ueberrest wurde in die Vereinigten Staaten transportirt, fand daselbst gastliche Aufnahme und Hilfe, namentlich in Milwaukee. — In den Vereinigten Staaten bedient man sich der Telegraphen auch, um Stürme zu signalisiren und die Schiffe zu warnen. — Der Staat Michigan besitzt bei einer Bevölkerung von 500,000 Seelen eine Eisenbahnlänge von 366 Meilen. — Herr Wieprecht theilte den Gang des diplomatischen Kampfes zwischen Oesterreich und der Union, hervorgerufen durch die moralische Begünstigung des ungarischen Freiheitskampfes von Seiten der Union. mit, welcher, obgleich theilweise durch die Zeitungen bekannt, dennoch mit großem Interesse gehört wurde.

Von dem Berliner Verein zur Centralisirung deutscher Auswanderung und Kolonisation ist ein Schreiben eingegangen als Antwort auf den am 30. November abgeschickten Bericht des hiesigen Vereins. In dem Schreiben heißt es, daß der Berliner Verein sehr gern mit dem hiesigen Hand in Hand gehen wolle, da die Tendenzen beider Vereine in den meisten Stücken übereinstimmten. Der Berliner Verein sichert kräftige Unterstützung der diesseitigen Vereinszwecke zu und hat bereits Einleitungen getroffen, daß die durch den Breslauer Verein beförderten Auswanderer, ohne daß dazu noch ein Auswanderungs-Census nöthig wäre, wesentliche Vergünstigungen auf den Eisenbahnen an Personen- und Frachtgeld genießen sollen. Zur Erlangung dieser Vergünstigungen bedürfe es nur eines Attestes von Seiten des Berliner Vereins, welches auch auf ein Zeugniß vom Breslauer Vereins-Vorstande an die Auswandernden verabfolgt werden würde. Der Berliner Verein wünscht ein Statut des Breslauer Vereins, ein Mitglieder-Verzeichniß und einen Rechenschaftsbericht, sendet mehrere werthvolle Auswanderungsschriften ein und fordert schließlich zum Anschluß auf. Nach Verlesung dieses Schreibens liest der Vorsitzende die Statuten des Berliner Vereins vor, deren Artikel 1 und 2 den Zweck des Vereins enthalten. Sie heißen: „Der Berliner Verein zur Centralisation ꝛc. will dahin wirken, daß die bisherigen Nachtheile der deutschen Auswanderung möglichst aufgehoben oder gemildert werden, daß die Letztere vielmehr in volkswirthschaftlicher und politischer Beziehung sich zum Vortheile für unser Vaterland gestalte. Diese Zwecke hofft der Verein hauptsächlich dadurch zu erreichen, daß er durch Wort und Schrift richtige Ansichten über die Auswanderungsfrage verbreitet, vor übereilten Entschlüssen zum Auswandern abräth, die Kolonisation im Innern befördert, die zum Auswandern einmal fest Entschlossenen zur geregelten Kolonisation im Auslande anleitet, und den Fortziehenden mit Rath und That zur Seite steht." Artikel 3 verbreitet sich über die Mittel zur Erreichung dieser Zwecke, und die übrigen Artikel beziehen sich auf das Innere des Vereins. Hierauf theilte der Vorsitzende den Entwurf einer Antwort mit, welcher nach einigen Abänderungen angenommen wurde. Der Verein erklärt darin, sich dem Berliner Vereine als Zweigverein anschließen zu wollen, ohne deswegen seine Eigenschaft als Central-Verein für die Provinz Schlesien aufzugeben. In dem Antwortschreiben ersucht der Vorstand, dem Vorsitzenden solche, in dem Berliner Schreiben bezeichnete Attest-Formulare zuzustellen, damit die Auswanderer eben von Seiten des hiesigen Vereins der Eisenbahn-Vergünstigungen theilhaftig würden. Zugleich wünscht der Vorstand die Vergünstigungen speziell auseinander gesetzt zu haben, um so häufigen Anfragen in dieser Beziehung genügend begegnen zu können. Die gewünschten Aktenstücke werden dem Antwortschreiben nach Berlin beigelegt und außerdem 1 Thlr. als vierteljährliches Beitrittsgeld.

Einige Fragen aus dem Fragekasten werden kurz erledigt. Der Sitzung wohnten acht Gäste bei. Schluß der Sitzung 9½ Uhr.

C. W.

✱ Markliſſa a. Q., 18. Januar. [Der heutige Jubeltag] ist auch hier, an den äußersten Marken des Vaterlandes, mit festlichem Glanze und mit erwähnenswerthen Kundgebungen patriotischer Gesinnung gefeiert worden. Der Magistrat, die Stadtverordneten, das Schützen-Corps und die Bürgerschaft, die in den Kirchdörfern bestehenden Militärvereine und die Landgemeinden begaben sich um 10 Uhr in geordnetem Zuge mit Musik-Chören unter Glockengeläute zum Gotteshause, wo die vorangetragenen Fahnen am Altare aufgestellt wurden. Bald füllten sich die Räume des Heiligthums mit den Tausenden, welche herbeigeströmt waren, dem Herrn der Heerschaaren einen Lobgesang anzustimmen und aus dem Munde des Festredners es zu vernehmen, wie Gottes Macht, der Regenten Edelmuth und des Volkes Treue die bisherigen Stützen des preußischen Königreichs gewesen seien. Nach beendeter kirchlicher Feier bewegte sich der Zug auf den Marktplatz und hier stimmte Alles in ein dem geliebten Könige ausgebrachtes Hoch mit Begeisterung ein. Die in den Nachmittagsstunden zu einem Festmahle Vereinigten nahmen die Sr. Maj. dem Könige, J. Maj. der Königin, Sr. k. Hoh. dem Prinzen von Preußen und dem preußischen Volke gewidmeten Toaste mit Enthusiasmus auf und trennten sich mit der Hoffnung, daß Preußens Stern nie untergehen und auch in Zukunft jedes ihn umziehende Gewölk siegreich durchbrechen werde. Ja, er strahle immer zum Glücke und zur Ehre des Vaterlandes, und die Jahrhunderte hindurch trage das edle Geschlecht der Hohenzollern das Wahrzeichen seiner königl. Würde zur Freude und zum Stolze eines treuen Volkes, dessen Patriotismus heute auch in hiesiger Stadt und Umgegend unverkennbar sich gezeigt hat und neu gekräftigt worden ist.

Mannigfaltiges.

— (Bonn, 20. Jan.) Gestern Nachmittags verließ die als Schriftstellerin und Komponistin bekannte Frau Kinkel nebst ihren Kindern ihre Vaterstadt Bonn, um nach England überzusiedeln. Viele Hundert Parteigenossen des ehemaligen Professor Kinkel und Freunde desselben hatten sich am Rheine eingefunden, um unter Hurrah und Böllerschüssen von dieser durch Kinkel's Schicksale im weiteren deutschen Vaterlande vielgenannten Familie Abschied zu nehmen. (Bonn. Z.)

— (Alles wiederholt sich nur im Leben.) Zu Weihnachten im Jahre 1789 hatte man in Hamburg frischen Waldmeister, und die Cornelkirschen blühten in den Gärten. Auch kam später kein Winter; im Februar pflückte man Blumen auf den Feldern, und es waren die Rosenbüsche ausgeschlagen. Die Schifffahrt blieb den ganzen Winter hindurch offen. Wenn dies so fortgeht, werden zu Fastnacht dieses Jahr die Rosen blühen. (K. B.)

— (Ueber die Londoner Weltausstellung) schreibt uns ein Freund: Alle Superlative sind unzureichend für die Erwartungen — zum Theil auch Befürchtungen, die hier von der großen Masse gehegt werden. Daß die Tagesblätter theils mit vorausgreifenden Beschreibungen über das Ausstellungsgebäude und die betreffenden Details, theils auch mit Aufzählungen der Tausende von Gruppen, die aus allen Ecken und Enden herbeizukommen bereit sein werden, jetzt schon gefüllt sind, wissen Sie wohl — aber sie scheinen für die Masse der Fakta noch nicht einmal Raum genug zu haben, denn man erfährt hin und wieder privatim noch mehr Erstaunliches. So ich neulich, daß ein Schiff aus dem Osten uns 1500 Kopten, Armenier, Syrer u. s. w. bringen soll, für deren Aufnahme bereits durch eine eigene, zu diesem Zwecke hier gebildete Gesellschaft auf großartige Weise gesorgt wird, so daß sie nicht nur in geräumigen Gebäuden alle die verschiedenartigen Komforts ihrer resp. Heimath wiederfinden, sondern auch Aerzte, Gesellschafter und Führer haben sollen, die ihrer Sprache kundig und für alle ihre Bedürfnisse Sorge tragen werden. Hört man nun noch von Kontrakten einer einzigen Gesellschaft mit 40,000 Nordamerikanern, von einer beabsichtigten Zusammenkunft von 100,000 Mitgliedern der verschiedenen Mäßigkeitsvereine der 3 vereinigten Reiche und ähnliche Unternehmungen: was Wunder, daß die Furcht vor Theurung, Volksaufläufen, Epidemien bei ängstlichen Gemüthern Eingang findet? Am meisten gerechte Ursache beunruhigt zu sein hat die große Klasse, der ich angehöre, die der friedlichen Philister, der schon der alltägliche Straßentumult ein Anstoß ist und die während einer bis jetzt noch unbestimmten Periode nichts als Passagenhindernisse am Tage und Karossenlärm bei Nacht zu erwarten hat. (C. Z.)

— Ein Herr Th. Harrisson in London beabsichtigt, um den ärmeren Besuchern der Welt-Industrie-Ausstellung den Aufenthalt in der theuern Stadt möglichst wohlfeil und bequem zu machen, ein Haus mit folgenden Einrichtungen zu erbauen: Jeder Bewohner erhält sein eigenes Bett, Waschapparat ꝛc. Um eine Kleinigkeit werden seine Schuhe und Kleider gereinigt; auch erscheint jeden Tag ein Barbier, der ebenfalls um ein Geringes seine Dienste versieht. Zur Nahrung erhalten die Gäste, nach sehr mäßiger Berechnung, Frühstück, Mittagessen und Abends Thee oder Kaffee; auch wird es nicht an Ale und Porterbier fehlen. Zur Bequemlichkeit ist ein Speisezimmer, ein Rauchzimmer und ein Zimmer, wo Zeitungen aufgelegt sind, wofür nichts bezahlt wird, eingerichtet. Ein Arzt wird sich täglich nach dem Gesundheitszustande erkundigen. Alle diese Annehmlichkeiten kosten nicht mehr als 15 Pennies täglich, und damit diejenigen, welche das Etablissement des Herrn Harrisson besuchen, vor etwaiger Uebervortheilung nichts zu befürchten haben, stellt derselbe sich freiwillig unter die Controle des Ausstellungs-Komitees, bei welchem man sich beklagen kann, wenn Jemand in den gemachten Versprechungen sich getäuscht glaubt. Uebrigens liegt ein Buch auf, in das man etwaige Klagen eintragen kann.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier Nr. 6 am Viehmarkt belegenen, dem Riemermeister Jacob Schorn gehörigen, auf 2489 Rthlr. 5 Sgr. 8½ Pf. geschätzten Grundstückes haben wir einen neuen Termin

auf den 1. März 1851,
Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Stadtrichter Fürst in unserem Parteien-Zimmer — Junkernstraße Nr. 10 — anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Zu diesem Termine werden die unverehelichte Amalie Lange und die Geschwister Pitzler, namentlich Ottilie, Wilhelm, Johanna, Gottlieb, Julius, Wilhelmine, Albert, Therese verehel. Kämmerin Hatz und Josepha verehel. Seifensieder Obermayer zu Uttendorf und Mühlbeuern, endlich die verw. Weißgerber Ottilie Pitzler hiermit vorgeladen.

Breslau, den 30. Dezember 1850.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier in der Kirchhof-Straße unter Nr. 2 belegenen, dem Oekonom Karl Gottlob Sommer gehörigen, auf 1780 Rthlr. 26 Sgr. 3 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin

auf den 24. März 1851,
Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath Pflücker in unserem Parteien-Zimmer anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Der Besitzer Oekonom Karl Gottlob Sommer wird zu diesem Termine hierdurch vorgeladen.

Breslau, den 28. Novbr. 1850.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier in der Matthias-Straße Nr. 27 a. belegenen, dem Kretschmer Karl Haase gehörigen, auf 11,983 Rthlr. 6 Sgr. 7 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin

auf den 30. Juni 1851,
Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath Pflücker in unserm Parteien-Zimmer — Junkern-Straße Nr. 10 — anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Zu diesem Termine werden
1) die Johanna Juliane Dorothea, verw. Kaufmann Sieg, geb. Ansorge,
2) der Kaufmann Johann-Ernst Dittrich

hierdurch vorgeladen.

Breslau, den 1. Novbr. 1850.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Bekanntmachung.

Das Kämmerei-Vorwerk Ober-Leschen soll auf 18 Jahre vom 1. Juni d. bis Johanni 1869 verpachtet werden. Wir haben einen Termin zur Entgegennahme der Gebote auf

den 14. März d. J. Vormittags 10 Uhr
auf hiesigem Rathhause

anberaumt, wozu wir die Pachtlustigen mit dem Bemerken einladen, daß die Pachtbedingungen in unserer Registratur, so wie bei dem Förster zu Ober-Leschen eingesehen werden können, welcher letztere auch angewiesen ist, die zu verpachtenden Grundstücke anzuweisen.

Sprottau, den 17. Januar 1851.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Gemäß § 137, 138 des Allgem. Landrechts Theil I. Tit. 17, wird die bevorstehende Theilung des Nachlasses des am 22. Mai 1850 hier verstorbenen Regiments-Quartiermeisters Nöldechen bekannt gemacht.

Liegnitz, den 20 Januar 1851.
v. Wiese, Justizrath u. Testamentsvollstrecker.

Offener Bürgermeister-Posten.

Das Amt eines Bürgermeisters in hiesiger Stadt, mit welchem ein jährliches Einkommen von 600 Thl.r verbunden ist, soll baldigst besetzt werden. Qualificirte Bewerber werden ersucht, ihre desfallsigen Meldungs-Gesuche nebst Atteste an unsern Vorsteher Kaufmann Carl Pohl bis zum 1. März d. J. einzusenden und sich persönlich vorzustellen.

Landeshut, den 21. Januar 1851.
Der Gemeinde-Rath.

Pferde-Auktion.

In Folge höherer Ordre sollen circa 180 Pferde öffentlich meistbietend gegen sofortige Zahlung verkauft werden, wozu am 25., 27. und den folgenden Tagen d. M., jedes Mal Vormittags 8½ Uhr, am „Polnischen Bischof", Ende der Rosenthalerstraße zu Breslau Auktions-Termine hierdurch anberaumt werden. Halftern ꝛc. können nicht abgegeben werden.

Breslau, den 20. Januar 1851.
Das königliche Kommando der Trains.

Auktions-Anzeige.

Montag den 27. d. Mts. Vormittag 9 und Nachmittag 2 Uhr sollen in Nr. 3 alte Taschenstraße mehre Pfand- und Nachlaß-Sachen, als: Silber, Uhren, Kupfer, Messing ꝛc., Porzellan, Gläser, Leinenzeug und Betten, Möbel und Hausgeräthe, Kleidungsstücke ꝛc. gegen Baarzahlung versteigert werden.

Breslau, den 23. Januar 1851.
Hertel, Kommissions-Rath.

Auktion. Am 25. d. Mts. Vorm. 10 Uhr sollen in Nr. 42 Breitestr. circa 15,000 Stück Cigarren, verschiedene Weine und Rum versteigert werden.
Mannig, Auktions-Kommissar.

Es sollen **Mittwoch den 29. Januar d.** im hiesigen Busche Birken, Erlen, Linden und Rüstern, theils Nutz-, theils Brennholz, auf dem Stamme meistbietend verkauft werden. Die Verkaufsbedingungen werden im Termine selbst bekannt gemacht werden. Kauflustige werden hierzu eingeladen.

Koberwitz bei Domslau, den 23. Jan. 1851.
Das Wirthschafts-Amt.

Menschenfreundliche Hausfrauen werden gebeten die Frau Berger, Gräbschnergasse Nr. 10, mit Plätten und ähnlichen Verrichtungen zu beschäftigen; sie ist empfehlenswerth und bescheiden in ihren Ansprüchen. a. S.

Nutzkühe-Verkauf.

Donnerstag den 30. Januar d. Vormittags 10 Uhr sollen auf dem zur Herrschaft Bielau bei Neisse gehörigen Vorwerk Steinhübel, an der Neisse-Ziegenhalser Chaussee gelegen, 38 Stück Kühe und 6 Mastochsen gegen gleich baare Zahlung meistbietend verkauft werden.

Bielau, den 21. Januar 1851.
Das Wirthschafts-Amt.

Kottillon-Orden und Kottillon-Kleinigkeiten

senden wir postfrei an alle Auswärtigen, welche uns vorher deren ungefähren Betrag (wenn auch nicht postfrei) einsenden. Die nicht convenirenden nehmen wir gegen augenblickliche Rückgabe des erhaltenen Betrages auf unsere Kosten zurück.

Hübner u. Sohn, Ring 35, eine Treppe.

Avis für Blumenfreunde.
Die Kunstgärtner
Balme u. Comp. aus Paris

beehren sich den Blumenfreunden Breslaus und der Provinz anzuzeigen, daß sie sich nur noch bis **zum 30. d. Mts.** hier aufhalten werden und empfehlen ihr außerordentlich großes Lager der neuesten und seltensten Pflanzen. Katalog gratis.

Regulirte Schwarzwalder Wand-Uhren

empfehlen: **Hübner u. Sohn, Ring 35, 1 Treppe, dicht an der grünen Röhre.**

Frische sehr billige Zander

empfiehlt: **Gustav Roesner,** Fischmarkt Nr. 1, nächst der Oderbrücke.

Sonntag den 26. Januar
REDOUTE
im Tempelgarten.

Da der Zutritt nur anständigen Charakter-Masken oder Dominos gestattet ist, so habe ich die Einrichtung getroffen, daß bei Lösung eines Entree-Billets à 1 Thlr. ein Domino und Zubehör verabfolgt wird. **Alex. Herrmann.**



„Victoria."
Regelmäßige
Packet-Schifffahrt
zwischen
Hamburg, New-York und New-Orleans,
zwei Mal wöchentlich.

Die unterzeichneten Expedienten haben die Einrichtung getroffen, Auswanderer den **ganzen Winter hindurch** ungeachtet des etwa eintretenden Frostes ununterbrochen und zu den billigsten Ueberfahrtsbedingungen expediren zu können. Nähere Auskunft auf mündliche oder portofreie Anfragen ertheilen

Hermann Hirschmann u. Comp.,
Steinhöft 18, **Hamburg.**

Beachtenswerth!

Wie und wo man für 8 Rtl. preuß. Courant in Besitz einer baaren Summe von ungefähr

Zweimalhundert Tausend Rtlr.

gelangen kann, darüber ertheilt das unterzeichnete Kommissions-Bureau **unentgeltlich** nähere Auskunft. Das Bureau wird auf desfallsige, bis spätestens den 31. Januar 1851 bei ihm eingehende **frankirte** Anfragen prompte Antwort ertheilen, und erklärt hiermit ausdrücklich, daß, außer dem daran zu wendenden geringen Porto von Seiten des Anfragenden, für die vom Kommissions-Bureau zu ertheilende **nähere Auskunft Niemand irgend etwas zu entrichten hat.**

Lübeck, im Dezember 1850.
Kommissions-Bureau,
Petri-Kirchhof Nr. 308 in Lübeck.

Auf dem Forstrevier Wilkau, Kreis Glogau, steht hart an der Oder der sogenannte Hinterwald, bestehend aus Eichen und Buchen, zum Verkauf. Hierauf Reflektirende erfahren die näheren Bedingungen bei dem dortigen Forst-Aufseher Wende.

1000 Thlr. sind im Ganzen wie auch getheilt gegen pupillarische Sicherheit, ohne Einmischung eines Dritten, zu vergeben. Das Nähere darüber Schuhbrücke Nr. 31, eine Stiege bei **W. Schliwa.**

Zucht-Vieh-Verkauf.

Bei dem Dom. Dürrjentsch stehen 100 Stück Schaf-Mütter zum Verkauf. Die Heerde ist frei von Traberkrankheit.

Frische starke Hasen,

gespickt 17 Sgr., frische böhmische Fasanen und Rehwild empfiehlt:
Wildhändler **R. Koch,** Ring 9.

Frische starke Hasen,

gespickt à Stück 17—18 Sgr., empfiehlt:
Wildhändler **Lorenz Adler,**
alter Fischmarkt Nr. 2.

Mastvieh-Verkauf.

150 Stück Mastschafe, ungeschoren und mit Körnern gut ausgemästet, stehen zu zeitgemäß billigen Preisen sofort zum Verkauf in Karlsmarkt bei Brieg.

Samen-Anzeige.

Auch in diesem Jahre übernehme ich für die Herren Gebrüder Born in Erfurt Aufträge auf selbst erzeugte Sämereien ꝛc. ꝛc., und liegen die Preis-Kataloge bei mir gratis bereit.

Breslau, im Januar 1851.
Herrmann Stefke.

Frische Silber-Lachse, Teltower Rübchen,

4 Metzen 15 Sgr.
offerirt: **Gustav Roesner,**
Fischmarkt und Bürgerwerder, Wassergasse Nr. 1.

Frische starke Hasen

das Stück gut gespickt 17 Sgr.,
frisches Rothwild
von der Vorderkeule, das Pfd. 2 Sgr., empfiehlt:
Frühling, Wildhändlerin, Ring Nr. 26,
im goldenen Becher.

Frische Hasen

gespickt à 17—18 Sgr. die stärksten offerirt:
J. Seeliger, Neumarkt-Ecke.

Klosterstraße Nr. 83 ist eine lichte und freundliche Wohnung, bestehend aus 3 Stuben, Kabinet, Küche und Beigelaß zu vermiethen.

Nikolaivorstadt, Langegasse Nr. 7, ist eine freundliche, bequeme Wohnung von drei Stuben, zwei Kabinets, Küche und Zubehör, zu Ostern zu vermiethen.

Eine Wohnung von 6 Zimmern nebst Beigelaß im ersten Stock, mit und ohne Stallung und Wagenplatz, ist Albrechts-Straße Nr. 24 zu Johannis zu vermiethen. Das Nähere im Gewölbe daselbst zu erfragen.

Eine Wohnung von 4 Zimmern nebst Beigelaß im dritten Stock ist Albrechts-Str. Nr. 24 zu Ostern zu vermiethen.



Reis.: Wo logirt man hier gut und preismäßig?
Kutscher: In **König's Hôtel garni,**
Albrechtsstraße Nr. 33.

Fremden-Liste von Zettlitz's Hôtel.
Herzog v. Holstein-Augustenburg. Kaufm. Kreſſmann aus Stettin. Amtsrath v. Raumer aus Kaltwasser.

Markt-Preise.

Breslau am 23. Januar 1851

	feinste	feine	mit.	ordin. Waare	
Weißer Weizen	54	52	50	47	Sgr.
Gelber dito	54	52	50	47	"
Roggen	41	40	39	38	"
Gerste	28	27	26	25	"
Hafer	24	23	22	21	"
Rothe Kleesaat	—	11⅙	10⅙	8—9	Rtl.
Weiße Kleesaat	—	10	9—8	6—7	Rtl.
Spiritus	7 Rtl. Gl. und ½ Br.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

Rüböl 11 Rtl.

In Zink wenig Handel, einige Kleinigkeiten wurden ab Gleiwitz à 4 Rtl. 9 Sgr. 6 Pf. begeben.

22. u. 23. Janr.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27"11,45"'	28"0,53"'	28"1,11"'
Thermometer	+ 1,4	+ 1,0	+ 2,8
Windrichtung	NW	W	NW
Luftkreis	bedeckt	bedeckt	bedeckt

Börsenberichte.

Breslau, 23. Januar. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 95½ Br. Kaiserliche Dukaten — — Friedrichsd'or — — Louisd'or 108¼ Br. Polnisch Courant 93¾ Gl. Oesterreichische Bankmoten 79 Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 127½ Gl. Freiwillige preuß. Anleihe 106½ Br. Neue Staats-Anleihe 4½ % 100¼ Br. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rtl. 3½ % 85 Br. Breslauer Stadt-Obligationen 4 % 99 Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4 % 101¼ Br., neue 3½ % 90⅓ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. 3½ % 95¾ Br., neue schlesische Pfandbriefe 4 % 101¼ Gl., Litt. B 4 % 100¹¹⁄₁₂ Br., 3½ % 92 Br. Alte polnische Pfandbriefe 94¼ Gl., neue 94⁵⁄₁₂ Br. Polnische Schatz-Obligationen 79½ Br. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. 81⅛ Br. Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4 % 74¼ Br., Priorität 4 % — — Oberschlesische Litt. A. 109⅔ Br., Litt. B 106¼ Br. Krakau-Oberschlesische 73⁵⁄₁₂ Br. Niederschlesisch-Märk. 81¼ Br., Priorität 5 % 104 Br., Serie III. 102½ Gl. Neisse-Brieger 37⅚ Br. Köln-Mindener — — Priorität 103⅓ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 36¼ Gl. — Wechsel-Course. Amsterdam 2 Monat 141 Br. Berlin 2 Monat 99⅛ Gld., k. Sicht 99¾ Gld. Hamburg 2 Monat 150¹⁄₁₂ Gld., k. Sicht 151⅙ Br. 150⅚ Gld. London 3 Monat 6. 18⅔ Gl. Paris 2 Monat 79⅚ Gl.

Berlin, 22. Januar. Mehrere Aktien wurden heute wieder niedriger verkauft, während andere, so wie die meisten Fonds und Prioritäts-Aktien sich ziemlich im Preise behaupteten; Prämienscheine wurden wieder höher bezahlt.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½ % 97½ bez. und Gld., Priorität 5 % 103 bez. Krakau-Oberschlesische 4 % 73½ à 73 à ½ bez, Priorität 4 % — — Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4 % 36⅛, 36 à ¼ bez., Priorität 5 % 95 Br. Niederschlesisch-Märkische 3½ % 81 bez. und Gl., Priorität 4 % 94 Gld., Priorität 5 % 103½ Gld., Serie III. 5 % 103 Gld. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4 % — — Oberschlesische Litt. A. 3½ % 109⅝ à ½ bez. und Br., Litt. B. 3½ % 105¾ Br. — Geld- und Fond-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5 % 106½ bez. Staats-Schuld-Scheine 3½ % 84½ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 126 à 130 bez. Posener Pfandriefe 4 % 101 Br., 3½ % 89⅞ Gld. Preußische Bank-Antheile 96 bez. Polnische Pfandbriefe alte 4 % — — neue 4 % 94¼ bez. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4 % 81½ bez. und Gld., à 300 Fl. 141 Gl.

Wien, 22. Januar. Fonds und Aktien fest und E.-B.-Akt. etwas höher. Lomb. Anlehen und Schatzscheine wieder höher begehrt. Valuten etwas matter, Hamburg und Augsburg ausgenommen.

5 % Metalliques 94¾, 4½ % 82¾; Nordbahn 117¾: Hamburg 2 Monat 193; London 3 Monat 12. 40.; Silber 131¼.

Theater-Repertoire.

Freitag den 24. Januar. 23ste Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen. Auf vielfaches Verlangen, zum 4ten Male: **Festgedicht zur Feier des dritten fünfzigjährigen Jubiläums der Königs-Würde Preußens,** von Max Kurnik, mit Musik und lebenden Bildern. — Personen: Borussia, Frln. Höfer. Germania, Frln. Schwelle. — 1) Ouverture aus „Titus" von Mozart. 2) Lebendes Bild: „Die Krönung am 18. Januar 1701." 3) Marsch aus „Ein Feldlager in Schlesien" von Meyerbeer. 4) Lebendes Bild: „Friedrich der Große vor der Schlacht bei Lowositz." 5) Sieges-Marsch aus „Catarina Cornaro" von Lachner. 6) Lebendes Bild (aus den Freiheits-Kriegen): „Die Eroberung eines französischen Adlers." 7) Triumphmarsch aus „Oberon". 8) Lebendes Bild: „Die acht preußischen Provinzen." (Allegorie.) 9) Die National-Hymne. (Die lebenden Bilder sind von Herrn Regisseur Görner arrangirt.) — Hierzu, zum 10ten Male: **„Der Waffenschmied."** Komische Oper mit Tanz in drei Akten, Musik von Albert Lortzing.

Sonnabend den 25. Jan. 24ste Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen. **„Pagenstreiche."** Posse in 5 Aufzügen von A. v. Kotzebue.

Sonntag den 26. Januar. 25ste Vorstellung des vierten Abonnements von 70 Vorstellungen. Bei erhöhten Preisen. Zum 20. Male: **„Der Prophet."** Große Oper in fünf Akten, Musik von Meyerbeer.

Sonnabend den 1. Februar
findet die für dieses Jahr bestimmte
Theater-Redoute
als
maskirter und unmaskirter Ball

statt. — Die Restauration haben die Herren Anton Hübner, Weinhändler, und Alexander Herrmann, Besitzer des Tempelgartens, übernommen. — Billets à 1 Rthlr. sind von heute ab im Theater-Bureau zu haben.

Verein. △ 27. I. 6. Instr. II.

Helene Heilborn.
Adolph Haase.
Verlobte.
Pitschen. Gleiwitz.

Statt jeder besonderen Meldung empfehlen sich als Verlobte:
Dorothea Schück.
Moritz Cohn.
Oppeln. Hirschberg.
Amalie Schück.
Wilhelm Schück.
Oppeln. Breslau.

Als Neuvermählte empfehlen sich:
Herrmann Littauer,
Wilhelmine Littauer,
geb. Friedländer.
Breslau, den 24. Januar 1851.

Als Neuvermählte
empfehlen sich bei ihrer Abreise nach Frankenstein:
Friedrich Friedländer,
Rosalie Friedländer,
geb. Gerschel.
Breslau, den 24. Januar 1851.

Entbindungs-Anzeige.
Die heute um 10½ Uhr Morgens erfolgte schwere, aber glückliche Entbindung meiner lieben Frau Emilie, geb. Buckisch, von einem gesunden Mädchen, zeige ich statt besonderer Meldung hierdurch ergebenst an.
Breslau, am 23. Januar 1851.
Ferdinand Lustig.

Entbindungs-Anzeige.
Die heute Abend erfolgte schwere, aber glückliche Entbindung meiner lieben Frau Bertha, geb. Schmauch, von einem gesunden Mädchen, zeige ich hierdurch Verwandten und Freunden ergebenst an.
Breslau, den 22. Jan. 1851. Carl Pohl.

Todes-Anzeige.
Den 21. d. M. Abends 6 Uhr starb nach kurzen Leiden das Fräulein Elisa v. Falkenstein im 45sten Lebensjahre; dies allen ihren Freunden und Bekannten zur Nachricht. Die Beerdigung findet Sonnabend früh um 9 Uhr bei Mauritius statt.
Breslau, 23. Jan. 1851. A. Schmidt.

Todes-Anzeige.
Gestern Abend 6 Uhr endete nach langem Krankenlager an Lungenschwindsucht unsere innig geliebte Gattin, Mutter und Schwester, Gertrude Rebel, geborne Windisch, in dem Alter von 36 Jahren; was wir allen hiesigen und auswärtigen Freunden der Verstorbenen tiefbetrübt anzeigen.
Breslau, den 23. Januar 1851.
Gastwirth Rebel,
im Namen der Mutter
und Geschwister.

Todes-Anzeige.
(Verspätet.)
Heute Morgen 4½ Uhr verschied mein geliebter Vater, Carl Ludwig Gerber, der frühere königl. Flöß-Inspektor zu Stoberau bei Brieg, am Nervenfieber in dem Alter von fast 73 Jahren.
Brieg, den 21. Januar 1851.
Gerber,
Lieutenant im 7. Landw.-Regiment.

Todes-Anzeige.
(Statt besonderen Meldung.)
Nach langen schweren Leiden entschlief gestern Abend unser innigstgeliebter Vater, Großvater, Schwiegervater und Bruder, der vereidete Waarenmakler Jacob Urbach, im 69sten Jahre seines Lebens. Um stille Theilnahme bittend, zeigen diesen herben, unersetzlichen Verlust an:
Die Hinterbliebenen.
Breslau, den 23. Januar 1851.
Die Beerdigung findet Freitag den 24. d., Mittags 2 Uhr vom Trauerhause, Antonienstraße Nr. 4, aus auf dem jüdischen Kirchhofe statt.

ED. BOTE & G. BOCK.
Königl. Hof-Musik-Handlung.
Grösstes und vollständigstes Musikalien-Leih-Institut.

Gesellschaft der Freunde,
3te Abend-Unterhaltung im Café restaurant
Sonnabend den 25. Januar.
Anfang 7 Uhr.
Gastbillets sind bei Herrn J. Lichtheim, Ohlauerstraße 83 zu haben.

IV. Soirée des christkathol. Frauen-Vereins heute den 24. Januar.

Café restaurant.
Freitag den 24. fünfzehntes **Abonnement-Konzert** der Philharmonie unter Direktion des Herrn J. Göbel. Zur Aufführung kommt: Symphonie (C-dur) von L. v. Beethoven, auf Verlangen.
Entree für Herren 5 Sgr. Damen 2½ Sgr.

Weiß-Garten.
Freitag, den 24. Januar 1851.
16. Abonnements-Konzert der Springerschen Kapelle. Zur Aufführung kommen: Ouverture aus Jessonda von Spohr, Sinfonie von L. Maurer. Entree für Nicht-Abonnenten: Herren 5 Sgr., Damen 2½ Sgr.

Eine gebildete Dame in mittleren Jahren wünscht bei einem alten Herrn oder Dame die Stelle als Wirthschafterin zu versehen, wobei selbige weniger auf hohe Gage als auf eine freundliche Aufnahme und anständige Behandlung sieht. Hierauf Reflektirende werden ersucht ihre Adressen an Madame Eifler, Junkernstraße Nr. 7 gefälligst abgeben zu wollen.

Der ehrliche Finder von 15 Thlr. und einigen Sgr. auf der Gartenstraße verloren gegangenen Geldes wird hiermit dringendst gebeten, dasselbe gegen gute Belohnung beim Schneider-Meister Hrn. Pabst, Albrechtsstraße Nr. 50, abzugeben.

Vollständige noch ziemlich neue **Utensilien** eines **Spezerei-Waaren-Geschäfts** sind billigst zu verkaufen. Das Nähere Werderstr. Nr. 30, im zweiten Stock.

Druck und Verlag von Graß, Barth u. Comp.

Redakteur: Nimbs.